

Der deutsche Katholizismus im Ringen um eine Standortbestimmung des Reiches nach dem Ersten Weltkrieg

Von Karsten Ruppert

I.

Solange bis in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts die nationale Frage in Deutschland noch offen war, liefen die Bestrebungen des politischen Katholizismus und der nationalen Bewegung gleichmäßig nebeneinander her. Mit der preußisch kleindeutschen Reichsgründung trennten sich die Wege von Katholiken und Nation. Es kam zum Bruch zwischen der katholischen Volksminderheit und dem protestantischen Kaiserreich wie seiner sich zusehends säkularisierenden Gesellschaft.

Den Protestanten blieb die nationale Zuverlässigkeit einer Konfession, die Teil der weltumspannenden Römischen Kirche war, immer suspekt, und die Nationalisten empfanden es als eine Provokation, daß sich die politische Vertretung dieser Konfession als Träger der ihnen so fremden älteren deutschen Traditionen, des großdeutschen Reichsgedankens und des Föderalismus nämlich, profilierte. Mit dem Abflauen des Kulturkampfes, mit Bismarcks Sturz und nachdem die Zentrumsparlei als der politische Ausschuß der deutschen Katholiken sich im Reichstag eine Schlüsselstellung erobert hatte, wuchsen die Katholiken und ihre politische Vertretung immer mehr in die „Reichsnation“ hinein.¹ Seit den neunziger Jahren erwies sich an ihnen fast

¹ Vgl. dazu Wilfried Loth: Katholiken im Kaiserreich: der politische Katholizismus in der Krise des wilhelminischen Deutschland. Düsseldorf 1984; Rudolf Morsey: Die deutschen Katholiken und der Nationalstaat zwischen Kulturkampf und dem ersten Weltkrieg, in: Historisches Jahrbuch 90, 1970, S. 31–64; Rudolf Morsey: Der politische Katholizismus 1890–1933, in: Der soziale und politische Katholizismus: Entwicklungslinien in Deutschland 1803–1963 / hrsg. von Anton Rauscher, Bd. 1. München 1981, S. 110–164; Ernst Deuerlein: Die Bekehrung des Zentrums zur nationalen Idee, in: Hochland 62, 1970, S. 432–449; Albrecht Langner: Katholizismus und nationaler Gedanke in Deutschland, in: Volk – Nation – Vaterland: der deutsche Protestantismus und der Nationalismus / hrsg. von Horst Zilleßen. Gütersloh 1970, S. 238–269; Hans Maier: Katholizismus, nationale Bewegung und Demokratie in Deutschland, in: Hochland 57, 1964/65, S. 318–333; Horst Gründer: Nation und Katholizismus im Kaiserreich, in: Katholizismus, natio-

exemplarisch die Integrationskraft des Nationalismus im 19. Jahrhundert. In der Außen- und Militärpolitik steuerte die Partei seitdem zunehmend einen nationalen Kurs und im Innern trug sie den Ausbau des Reiches mit.²

Freilich war der Nationalismus in seiner borussisch-machtstaatlichen Variante, der im Bestreben, einen nationalen Inferioritätskomplex zu kompensieren, von Verkrampfungen nicht frei blieb, im Katholizismus des Kaiserreichs nur für das Preußische Zentrum und hier vor allem für die Parteihonoratioren, Akademiker und Kleinbürger repräsentativ.³ Im süddeutschen Zentrum, der Arbeiterschaft und Teilen der Bauern, die alle das Gefühl nicht los wurden, daß die nationalen Vorleistungen der Parteiführung auf ihre Kosten gingen, faßte er keine tieferen Wurzeln. Mehr ethisch motiviert war die Kritik führender katholischer Laien an der Hochrüstung, die mit Vorschlägen einherging, die sich verschärfenden europäischen Konflikte mit Hilfe einer päpstlichen Schiedsgerichtsbarkeit einzudämmen.⁴ Solche Friedensinitiativen stießen aber bei Kirche, katholischer Bevölkerung und politischem Katholizismus auf Desinteresse und Ablehnung.

Die Partei hielt daher auch dann noch an ihrem Integrationskurs fest, als immer deutlicher wurde, daß sich die erhofften Erfolge nicht einstellen würden. Neue Wähler wurden nicht gewonnen; die katholische Kirche litt weiterhin unter rechtlichen Restriktionen, und die Katholiken überwandten ihre gesellschaftliche Isolierung nicht. Schließlich hatte die Partei auch nicht den erhofften Einfluß auf die Exekutive gewinnen können, obwohl Loyalität gegenüber der Reichsleitung Richtschnur ihrer parlamentarischen Arbeit war.

Dennoch haben sich die deutschen Katholiken mit ihrer Kirche nach dem Ausbruch des Krieges im August 1914 selbstverständlich in die Burgfriedensfront eingereiht, da sie mit der Nation davon überzeugt waren, einen gerechten Verteidigungskrieg zu führen.⁵ Der nationale Rausch und das für die

naler Gedanke und Europa seit 1800 / hrsg. von Albrecht Langner. Paderborn u.a. 1985, S. 65–87.

² Dazu jetzt vor allem W. Loth (wie Anm. 1) S. 38 ff.

³ Gut ablesbar ist die „borussische“ Sozialisation an Heinrich Brüning und Martin Spahn. Vgl. dazu Rudolf Morsey: Brünings politische Weltanschauung vor 1918, in: Gesellschaft, Parlament und Regierung: zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland / hrsg. von Gerhard A. Ritter. Düsseldorf 1974, S. 317–335 und Gabriele Clemens: Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik. Mainz 1983, S. 9 ff. Diesen Geisteswandel bestätigen auch die beiden neuen Biographien über die Zentrumspolitiker Karl Bachem und Felix Porsch. Vgl. Rolf Kiefer: Karl Bachem 1858–1945: Politiker und Historiker des Zentrums. Mainz 1989, und August Hermann Leugers-Scherzberg: Felix Porsch 1853–1930: Politiker für katholische Interessen in Kaiserreich und Republik. Mainz 1990.

⁴ August-Hermann Leugers: Einstellungen zu Krieg und Frieden im deutschen Katholizismus vor 1914, in: Bereit zum Krieg: Kriegsmentalität im wilhelminischen Deutschland 1890–1914; Beiträge zur historischen Friedensforschung / hrsg. von Jost Dülffer und Karl Holl. Göttingen 1986, S. 60 ff.

⁵ Rudolf Morsey: Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923. Düsseldorf 1966, S. 53 f.; A. Langner (wie Anm. 1) S. 247 ff. und Günter Baadte: Katholischer Universalismus und nationale Katholizismen im Ersten Weltkrieg, in: Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800 / hrsg. von Albrecht Langner. Paderborn u.a. 1985, S. 89–109; Wolfram

deutschen Katholiken so kennzeichnende Verlangen, in der Stunde der Entscheidung die von den Gegnern so oft angezweifelte nationale Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen, haben alle ethischen und supranationalen Orientierungen hinweggespült. Von christlicher Solidarität und katholischem Universalismus war in Deutschland, wie auch in den anderen kriegführenden Ländern, nichts Erkennbares mehr geblieben.⁶ Vielmehr hatten die Kirchen dieser Nationen ohne jegliche theologische Skrupel die Sache ihres Volkes mit der des Christentums gleichgesetzt und so dem Kampf auch noch eine religiöse Berechtigung gegeben.⁷

Noch mehr als Kirche und Gläubige zwang der Krieg die Partei der deutschen Katholiken, sich außenpolitischen Herausforderungen zu stellen. Diese haben die bisher vor allem auf die Innenpolitik konzentrierte Deutsche Zentrumsparterie bald tief gespalten. Nachdem der schnell erwartete Sieg in immer weitere Ferne rückte, mußte man die bisherige Haltung neu überdenken. Die eine Position bezog dabei das führende rheinische Zentrumsblatt, die „Kölnische Volkszeitung“, seit dem Frühjahr 1915 durch die Anheizung des Chauvinismus und die Propagierung extremer Annexionsforderungen.⁸ Vor dem Hintergrund von Lebensmittelverknappung und zunehmender Unruhe in der Arbeiterschaft sah die Gegenseite darin immer mehr ein Hindernis für die Beendigung des Krieges. Die Mehrheit im politischen Katholizismus war nun bereit, einem Verständigungsfrieden nach den Vorstellungen von Reichskanzler Bethmann-Hollweg zu folgen, der im Falle von Festigung und Ausbau der deutschen Großmachtstellung weitgehend auf Annexionen

Wette: Ideologien, Propaganda und Innenpolitik als Voraussetzungen der Kriegspolitik des Dritten Reiches, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg / hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 1, Stuttgart 1979, S. 62 ff.

⁶ Heinrich Lutz: Demokratie im Zwielficht: der Weg der deutschen Katholiken aus dem Kaiserreich in die Republik 1914–1925. München 1963, S. 43 ff. Zum französischen Katholizismus im Ersten Weltkrieg vgl. Jean-Marie Mayeur: Le Catholicisme français et la Première Guerre Mondiale, in: *Francia* 2, 1974, S. 377–397. Wie sich der deutsche Katholizismus fraglos in die Burgfriedensfront eingereiht hat, so der französische in die „Union Sacrée“. Für den Katholizismus beider Länder waren auch die Motive und Ergebnisse vergleichbar: ging es dem Katholizismus im laizistischen Frankreich um eine Zurückdrängung des Antiklerikalismus, so dem deutschen um den Beweis seiner nationalen Zuverlässigkeit und dadurch um die Überwindung seiner gesellschaftlichen Zurücksetzung. Beide – und das wird durch die negative Bewertung der Kriegsbegeisterung verdeckt – haben diese Ziele im und nach dem Krieg teilweise erreicht; wenn auch sicherlich nicht nur als Folge der Bejahung des Krieges zuvor. In Deutschland waren die ersten sichtbaren Erfolge die Aufhebung des Jesuitengesetzes und die Ernennung eines katholischen Reichskanzlers im Kriege.

⁷ Darauf stellt für Deutschland besonders Richard van Dülmen ab: Der deutsche Katholizismus und der Erste Weltkrieg, in: *Francia* 2, 1974, S. 347 ff. Der Aufsatz enttäuscht insofern, als er sein Thema nicht in der Breite behandelt, wie es der Titel vorgibt, statt dessen vornehmlich Randerscheinungen und den revolutionären Übergang zur Republik untersucht.

⁸ R. Morsey: Die Deutsche Zentrumsparterie (wie Anm. 5), S. 56 f. Zu Karl Bachem als dem verantwortlichen politischen Leiter der Kölnischen Volkszeitung in den Kriegsjahren vgl. jetzt R. Kiefer (wie Anm. 3) S. 175 ff.

verzichten wollte. Der Parteileitung gelang es aber nicht, die Anhänger auf dieser Linie zu befrieden. Einerseits unerfahren und unzureichend informiert, fand sie auch andererseits in der Katholizität weder ein die Gegensätze umfassendes Prinzip noch ein Entscheidungskriterium in den existentiellen Fragen von Krieg und Frieden.⁹ Diese Funktion übernahm dann in der Weimarer Republik weitgehend die Regierungsverantwortung, die zusammen mit einem durch die Niederlage geschärften Realismus entscheidend dazu beitrug, daß das Zentrum trotz ebenso gewaltiger wie drückender Probleme in der Außenpolitik Tritt faßte.

Da aber in der Krise des Krieges weder ein heilsamer Zwang noch eine Leitidee den Dissens überwinden halfen, ließ die Parteileitung die Dinge schleifen. In dieser Lage trieb die Erkenntnis, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei, und die Einsicht, daß die Risse in Partei und Gesellschaft einen Frieden erforderten, den seit Kriegsbeginn einflußreichsten Zentrumspolitiker Matthias Erzberger zu einem spektakulären Schritt. Er riß seine über-rumpelte Partei dazu fort, sich zusammen mit Sozialdemokraten und Liberalen am 19. Juli 1917 im Reichstag zu einem Frieden ohne „erzwungene Gebietsabtretungen, politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen“ zu bekennen.¹⁰ Im deutschen Protestantismus wurde die Friedensinitiative des Sommers 1917 wegen der führenden Rolle Erzbergers und des Zusammenhangs mit dem päpstlichen Friedensappell weitgehend als „jesuitisches Machwerk“ zum Schaden der preußisch-deutschen Kultur angesehen.¹¹

Da beide Vorstöße die Gegensätze im Katholizismus eher vertieften als ausglich und da sie auch nicht die Tür zur Verständigung mit dem Ausland öffneten, ging das Interesse an ihnen schon gegen Ende des Jahres zurück. Daß die „Friedensresolution“ des Reichstags mehr Ausdruck der politischen Opportunität als eines Sinneswandels gewesen war, wurde vollends deutlich durch das Abrücken des politischen Katholizismus von Verständigung und Selbstbestimmung, als sich Anfang 1918 die Kriegslage vorübergehend besserte. Obwohl er aber nicht wiederum völlig ins alte Fahrwasser zurückgeglitten war, traf ihn – wie auch die Mehrheit der Nation – die Niederlage im November 1918 wie ein Schock, der allmählich einer tiefen Depression wich.

⁹ Ulrich von Hehl: Wilhelm Marx in den politischen Auseinandersetzungen der Zentrumsparlei während des Ersten Weltkriegs, in: Annalen des Historischen Vereins für den Niederrhein 186, 1983, S. 107 ff., und W. Loth (wie Anm. 1) S. 278 ff.

¹⁰ Druck der Friedensresolution mit den vorausgehenden Entwürfen in: Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18. Erster Teil / bearb. von Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf Morsey. Düsseldorf 1959, S. 110 ff.; zu Erzbergers Motiven vgl. besonders Klaus Epstein: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie. O.O. 1976, S. 208 ff.

¹¹ Dazu Gerhard Besier: Krieg, Frieden, Abrüstung: Die Haltung der europäischen und amerikanischen Kirchen zur Frage der deutschen Kriegsschuld 1914–1933; ein kirchenhistorischer Beitrag zur Friedensforschung und Friedenserziehung. Göttingen 1982, S. 78 f.

Da die deutschen Katholiken aus ihrer Lethargie durch die Ereignisse der Revolution und die Erfordernisse des politischen Neu- und Umbaus abrupt herausgerissen wurden, blieb kaum Zeit, um den Krieg und die Rolle, die man selbst gespielt hatte, geistig und politisch zu verarbeiten. Dazu war allerdings jetzt wie auch später das Bedürfnis nicht allzu groß. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß die Erfahrung des Krieges und der Niederlage die Nachkriegspolitik des Katholizismus nachhaltig geprägt hat. In den Grundfragen der Nation war der Konsens zerfallen. Es hatten sich differenzierte, teils gegensätzliche Positionen ausgebildet, und das Bewußtsein, daß das Verhältnis zu Krieg und Militär wie die Rolle Deutschlands unter den Völkern neu definiert werden müsse, war weit verbreitet.¹²

II.

Dabei meldete sich zunächst eine bis vor kurzem im deutschen Katholizismus unbekannte politisch-gesellschaftliche Kraft besonders dezidiert zu Wort: die katholische Friedensbewegung.¹³ Die Initiative zu deren Bildung war ja noch von Erzberger ausgegangen, um die „Friedensresolution“ und die fast gleichzeitige Friedensvermittlung Papst Benedikts XV. subsidiär abzustützen.¹⁴ Der vom Annexionisten zum Förderer des „Verständigungsfriedens“ gewandelte Politiker hatte nämlich, vermutlich um die Kräfte des Ausgleichs im In- und Ausland zu mobilisieren, Personen und Gruppen im deutschen Katholizismus, die bisher durch Friedensinitiativen und Aufrufe hervorgetreten waren, ermuntert, sich zu einer Friedensbewegung zu formieren.¹⁵ Durch die Friedenszyklika Benedikts XV. vom 1. August 1917 ermutigt, durch eine ansehnliche, von Erzberger beschaffte Finanzierung gesichert und aufgrund seiner Protektion von der Militärzensur wenig behelligt, kam es dann so zu ersten Aktivitäten und schließlich am 31. Januar 1918 zur Gründung des „Friedensbunds Deutscher Katholiken“.¹⁶

¹² Zu dieser Differenzierung vgl. Karsten Ruppert: Der Einfluß christlich-demokratischer wie christlich-sozialer Ideen und Parteien auf Geist und Politik in der Weimarer Zeit, in: *Christliche Demokratie in Europa: Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert* / hrsg. von Winfried Becker und Rudolf Morsey. Köln u.a. 1988, S. 131 ff.

¹³ H. Lutz (wie Anm. 6) S. 67 ff.; Beate Höfling: *Katholische Friedensbewegung zwischen zwei Kriegen: der „Friedensbund Deutscher Katholiken“ 1917–1933*. Waldkirch 1979, S. 3 ff.; Dieter Riesenberger: *Die katholische Friedensbewegung in der Weimarer Republik*. Düsseldorf 1967, S. 21 ff.

¹⁴ Vgl. auch Klaus Epstein (wie Anm. 10) S. 208 ff.

¹⁵ Trotz einer relativ guten Forschungslage zur katholischen Friedensbewegung ist über ihre Anfänge, insbesondere die Rolle Erzbergers, wenig bekannt, daher kann man über seine Motive nur Vermutungen anstellen. Bezeichnend auch, daß über das Gründungsdatum und die Entstehung der Organisation die Ansichten variieren. Vgl. dazu die Literatur der folgenden Anmerkung.

¹⁶ Dazu Dieter Riesenberger: *Der „Friedensbund Deutscher Katholiken“ und der politische Katholizismus in der Weimarer Republik*, in: *Pazifismus in der Weimarer Republik: Beiträge zur historischen Friedensforschung* / hrsg. von Karl Holl u. Wolfram

Gegenüber einer gerade in den Anfängen ablehnenden katholischen Öffentlichkeit zog der Friedensbund seine Legitimation aus den päpstlichen Verlautbarungen zu Frieden und Völkerrecht seit Leo XIII. wie auch aus dem Wohlwollen, das die Päpste bisher den internationalen Bestrebungen zur Völkerverständigung entgegengebracht hatten.¹⁷ Folglich war es moralische Grundüberzeugung des Friedensbundes, daß das Liebes- und Friedensgebot Christi zwischen Völkern und Staaten ebenso zu gelten habe wie zwischen den einzelnen. Für die Verdrängung dieses Prinzips wie für die Vorherrschaft von Gewalt, Egoismus und Ausbeutung in der Völkergemeinschaft, wie sie sich in Chauvinismus und Imperialismus zeigten, wurde der Abfall vom christlichen Sittengesetz verantwortlich gemacht. In deutlicher Anlehnung an die für den Friedensbund zentrale Friedenszyklika Benedikts XV. von 1917 sollten Streitkräfte nur noch zugelassen werden, soweit diese zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und Grenzsicherung notwendig waren. Mit Sanktionsbefugnissen ausgestattete Internationale Schiedsgerichte hatten den Rüstungsstand zu kontrollieren und auf die Einhaltung des wiederbelebten Völkerrechts zu achten.¹⁸

Je weiter die Einsicht um sich griff, daß mit Waffengewalt das deutsche Schicksal nicht mehr zu wenden war, um so stärkere Wirkung erzielten die päpstlichen Friedensideen im deutschen Katholizismus, die man zuvor, wie z.B. die Verurteilung des Bruchs der belgischen Neutralität durch deutsche Truppen, des öfteren am liebsten ignoriert hatte. Ja, in der Zeit der Illusionen zwischen dem Waffenstillstand vom 9. November 1918 und dem Beginn der Friedensverhandlungen hat der sich neu orientierende politische Katholizismus den außenpolitischen Teil seiner Leitsätze vom Dezember 1918 in Anlehnung an das Programm der katholischen Friedensbewegung in der trügerischen Hoffnung auf einen „Präliminarfrieden der Verständigung und Versöhnung der Völker“ konzipiert.¹⁹ Nachdem aber der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919 den deutschen Katholiken mit brutaler Deutlichkeit klargemacht hatte, daß auch durch Appelle an die christliche Kultur Europas der wilhelminische National- und Machtstaat nicht mehr zu retten war, neigte sich die Epoche des Einvernehmens zwischen Partei und Friedensbewegung schon ihrem Ende zu. Daran änderte auch nichts, daß im August des Jahres

Wette. Paderborn 1981, S. 93 ff.; B. Höfling (wie Anm. 13) S. 1 ff.; Konrad Breitenborn: Friedensbund Deutscher Katholiken (FDK) 1919-1933, in: Lexikon zur Parteigeschichte: die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), Bd. 2. Leipzig 1984, S. 711 f.; Franz Posset: Krieg und Christentum: Katholische Friedensbewegung zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung des Werkes von Max Josef Metzger. Meitingen 1978, S. 120 ff.; Dieter Riesenberger: Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland: von den Anfängen bis 1933. Göttingen 1985, S. 121 ff.

¹⁷ Dazu Ludwig Baur/Karl Rieder: Päpstliche Enzykliken und ihre Stellung zur Politik. Freiburg 1923, S. 66 ff.

¹⁸ Dazu L. Baur/K. Rieder (wie Anm. 17) S. 67 ff.

der ebenfalls auf Distanz gehende Erzberger bis zu seiner Ermordung zwei Jahre später zu deren Vorsitzendem gewählt wurde.²⁰

Damit war die Wirksamkeit der niemals über 9.000 Mitglieder zählenden Organisation auf die „Durchsäuerung“ des Katholizismus mit der Friedensidee begrenzt. Diese moralisch-pädagogische Gesinnungspflege fand vornehmlich noch bei einigen Jugendgruppen, Teilen des Linkskatholizismus und des Klerus wie bei einer Handvoll Zentrumsabgeordneten Aufmerksamkeit.²¹ Diesen und vor allem der rührigen Frankfurter Ortsgruppe, die sich um die „Rhein-Mainische Volkszeitung“ geschart hatte, war es dann auch zu verdanken, daß der katholische Pazifismus politischer wurde und sich aktueller Anliegen annahm. Sozialen und politischen Ursachen von Kriegen wurde nachgegangen, die Völkerbundsidee wie der Ausgleich Deutschlands mit Frankreich und Polen unterstützt und heftige publizistische Attacken gegen eine zunehmende Militarisation geritten.²² So war es dann nur konsequent, daß der Graben zum Zentrum unüberbrückbar wurde, als dieses zum ersten Mal zum wehrpolitischen Bekenntnis gezwungen, 1928 den Bau des Panzerkreuzers A unterstützte. Mit der danach vollzogenen Bindung an linkskatholische Gruppierung versank der „Friedensbund Deutscher Katholiken“ mit diesen endgültig in der politischen Bedeutungslosigkeit, obwohl er propagandistisch bis zum Ende der Weimarer Republik präsent blieb.²³

Das war vorrangig auf den Rückhalt zurückzuführen, den der „Friedensbund Deutscher Katholiken“ früh an Kirche und Episkopat gefunden hatte. Eine ähnliche Hinwendung zu pazifistischen Bewegungen hat es im Protestantismus nicht gegeben, da die evangelische Kirche wilhelminischem Denken viel stärker verhaftet blieb und die Gegner der Republik in ihr größeren Einfluß erhielten.²⁴ Auch auf katholischer Seite war eine solche Entwicklung zunächst nicht zu erwarten gewesen. Denn hier hatte bisher eine mehr fatalistische Sicht gegenüber dem Krieg vorgeherrscht, indem er als Strafe Gottes für die Entchristlichung der Welt und als Mittel im göttlichen Heilsplan begriffen wurde; und schließlich war die katholische Kirche wie die sich in dieser Hinsicht noch stärker exponierende evangelische Kirche mit der großen

¹⁹ Kölnische Volkszeitung 4 / 2. 1. 1919 und Germania 3 / 3. 1. 1919.

²⁰ Vgl. K. Breitenborn (wie Anm. 16) S. 711. Nach F. Posset (wie Anm. 16) fehlte Erzberger sogar bei der formellen Konstituierung im Oktober 1919.

²¹ D. Riesenberger: „Friedensbund Deutscher Katholiken“ (wie Anm. 16), S. 101 ff.; K. Breitenborn: Der Friedensbund deutscher Katholiken 1918/19–1951. Berlin (Ost) 1981, S. 57.; vgl. auch D. Riesenberger: Geschichte der Friedensbewegung in Deutschland (wie Anm. 16), S. 165 ff.

²² Bruno Lowitsch: Der Kreis um die Rhein-Mainische Volkszeitung. Frankfurt a.M. 1980, insbes. S. 75 ff.; vgl. jetzt auch Walter Dirks: Gesammelte Schriften I: Republik als Aufgabe: Publizistik 1921–1933 / hrsg. von Fritz Boll u.a. Zürich 1991, S. 135 ff.

²³ K. Breitenborn (wie Anm. 16) S. 712 ff.

²⁴ G. Besier: Krieg, Frieden, Abrüstung (wie Anm. 11), S. 326 ff.

Mehrheit der Deutschen 1914–1918 davon überzeugt gewesen, in gerechter Verteidigung sich eines aufgezwungenen Daseinskampfes zu erwehren.²⁵

Gewiß war es für die Annäherung günstig gewesen, daß Papst Pius XI. (1922–1939) die Politik für Frieden und Völkerverständigung im Sinne seiner Vorgänger fortsetzte. Der katholische Friedensbund selbst räumte Hindernisse aus dem Weg, indem er eine klare Trennungslinie gegenüber den beargwöhnten Friedensbewegungen der anderen Weltanschauungen zog und sich im katholischen Lager vom radikalpazifistischen „Versöhnungsbund“ klar abgrenzte.²⁶ So hob sich nun der naturrechtliche Pazifismus des „Friedensbundes“, der mit Hilfe der Politik seine Ziele verwirklichen wollte, deutlich von der schwärmerischen Weltanschauung extremer Gruppen ab, die sich mit ihrer dogmatischen Gesinnungspflege um jede Wirkung brachten.²⁷ Schließlich schlug auch eine durch das Erlebnis des Krieges herausgeforderte Theologie Brücken, indem sie sich verstärkt der Friedensproblematik zuwandte. Der Frieden als der erstrebenswerte Zustand zwischen den Völkern wurde mit dem Frieden in Gott als das Ziel christlichen Lebens zusammen gesehen und theologisch als die Ruhe, die aus der rechten Ordnung wächst, verstanden.²⁸

Kirche und Friedensbewegung begegneten sich zunächst und vor allem im Ringen um eine Neuformulierung der Lehre vom gerechten Krieg.²⁹ Auf beiden Seiten war die Erfahrung der Zerstörungskraft und Menschenunwürdigkeit der technischen Kriegsführung der Ausgangspunkt um die Voraussetzungen für einen „gerechten Krieg“ enger zu ziehen.³⁰ Während Einigkeit darüber herrschte, daß keinerlei wirtschaftliche, politische und religiöse Interessen mehr einen Krieg rechtfertigen könnten, wollten ihn die einen noch als Abwehrmittel eines unprovokierten Angriffs nach vorausgegangenem Versuch nicht-militärischer Konfliktbereinigung zulassen, während die anderen davon überzeugt waren, daß der moralische und materielle Schaden eines modernen Krieges in keinem Verhältnis mehr zu einem denkbaren Kriegszweck stünde.³¹

²⁵ A. H. Leugers (wie Anm. 4) S. 67 f.; G. Besier: Krieg, Frieden, Abrüstung (wie Anm. 11), S. 15 ff.

²⁶ B. Höfling (wie Anm. 13) S. 90 ff.; zum katholischen Radikalpazifismus vgl. v.a. F. Posset (wie Anm. 16) passim.

²⁷ Wolfram Wette: Einleitung; Probleme des Pazifismus in der Zwischenkriegszeit, in: Pazifismus in der Weimarer Republik: Beiträge zur historischen Friedensforschung / hrsg. von Karl Holl u. Wolfram Wette. Paderborn 1981, S. 93 ff.

²⁸ Dazu L. Baur/K. Rieder (wie Anm. 17) S. 73 f.

²⁹ In diesem Sinne sind die Ausführungen F. Possets (wie Anm. 16) S. 313 ff. von der Mißachtung der Ideen der Friedensbewegung durch die Moraltheologie zu relativieren.

³⁰ Aufschlußreich dazu ist ein Schreiben Kardinal Faulhabers vom 22. 11. 1932 an einen Militärseelsorger: Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917–1945 / bearb. von Ludwig Volk, Bd. I. Mainz 1975, S. 647 f.

³¹ Heinz Hürten: Katholische Kirche und nationalsozialistischer Krieg, in: Die deutschen Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg / hrsg. von Martin Broszat und Klaus Schwabe. München 1989, S. 139 ff.; B. Höfling (wie Anm. 13) S. 123 ff.; Johann P. Steffes:

Auf der Grundlage dieser gemeinsamen Anschauung fanden sich Kirche und Friedensbewegung auch zu abgestimmter Unterstützung des Völkerbunds wie der Genfer Abrüstungsverhandlungen von 1932 zusammen. Schließlich hat die Fuldaer Bischofskonferenz die Friedensbestrebungen im Katholizismus durch einen „warmen Appell“ gefördert, und einzelne Bischöfe haben es an ostentativen Sympathiebezeugungen nicht fehlen lassen.³² Teile der katholischen Publizistik schlossen sich an, indem sie die Kirche ermunterten, das Volk noch viel nachdrücklicher zum Frieden hin zu erziehen, da es ja im „Volksstaat“ mit über Krieg und Frieden entscheide. Die Tendenz, die Kirche dazu zu drängen, auch das Recht auf Selbstverteidigung zu verwerfen, da es zu oft dem Krieg Vorschub geleistet habe, und alle Kriegsmittel zu ächten, war in diesen Kreisen unverkennbar.³³

III

Zu den Gruppen und Bewegungen, die eine Neufundierung deutscher Außenpolitik vornehmlich durch die intellektuelle Auseinandersetzung mit den Fragen von Krieg und Frieden suchten, hielten die Kräfte des deutschen Katholizismus, die diese Politik mitbestimmten, deutliche Distanz. Sie waren gerne bereit, die Ernsthaftigkeit und hohe Moralität dieses Engagements anzuerkennen; doch es blieb ein unverhohlenes Mißtrauen gegenüber manchen Vorstellungen und das meiste erschien ganz und gar unrealistisch. Immerhin war man mit Friedensbewegung und Kirche darin einig, daß die sittlichen Grundüberzeugungen und Normen, die das friedliche Zusammenleben der Individuen in den Staaten garantierten, auch deren Verhältnis zueinander bestimmen müßten.³⁴ In der Regel wurde aber von katholischen Politikern gegenüber pazifistischen Positionen immer wieder die Frage von Macht und Gerechtigkeit ins Spiel gebracht und der Krieg teils moralisch als Folge der Erbsünde gedeutet oder mit Blick auf Geschichte und Kosmos teils als Schicksal der Weltlichkeit begriffen.³⁵

Die daher nach dem Ersten Weltkrieg im politischen Katholizismus einsetzenden Versuche einer Neuorientierung gingen denn auch von ganz anderen Ideen aus. An dem Nationalstaat „als einer neuzeitlichen Ausdrucksform völkischen Lebens“³⁶ wurde ebenso festgehalten wie an den Nationen als den

Religion und Politik: eine religions- und kulturwissenschaftliche Studie. Freiburg 1929, S. 206 ff.

³² Dazu auch ein Schreiben Faulhabers an einen Schweizer Bischof, 27. 6. 1932: Akten Kardinal Michael von Faulhabers (wie Anm. 30), S. 604.

³³ H. Hürten: Katholische Kirche und nationalsozialistischer Krieg (wie Anm. 31), S. 147 ff.; B. Höfling (wie Anm. 13) S. 92 ff.

³⁴ Walter Hagemann: Deutschland am Scheideweg: Gedanken zur Außenpolitik. Freiburg im Breisgau 1931, S. 13 ff.

³⁵ D. Riesenberger: „Friedensbund Deutscher Katholiken“ (wie Anm. 16), S. 106 ff.

³⁶ So Joseph Joos: Jugend, Nationalismus und Pazifismus, in: Joseph Joos: Um das neue Deutschland. Der gesammelten Aufsätze erste Folge. Frankfurt 1925, S. 69.

gegebenen Organisationsformen der Völker.³⁷ Doch hat die Einsicht, daß die Übersteigerung des Nationalismus im Weltkrieg zur Zerstörung Europas geführt hatte, das Bemühen gefördert, ihn durch den Rückgriff auf das Christentum zu relativieren.³⁸ Der politische Katholizismus bekannte sich nun offen zum Spannungsverhältnis von Nation und katholischem Universalismus. Da sich der neue weltanschaulich indifferente Staat kaum in religiöse Fragen einmischen würde und er die Autonomie der Kirche anerkannt hatte, glaubte man, den Konflikt in der Praxis bestehen zu können. Denn nun schien eine Trennung von Religion, die den Geboten Roms unterlag, und Politik, die sich am Wohl der Nation zu orientieren hatte, durchführbar.³⁹

Gegenüber der Perversion des zeitgenössischen Nationalismus zu einer Ersatzreligion wurde daran erinnert, daß es für den Christen höhere Werte gebe und sein Nationalismus durch die Verankerung in der Religion Tiefe und Grenze finde. Die Verherrlichung der eigenen Nation, mit einer Inbrunst, die nur dem Glauben gelten dürfe, sei blinder und würdeloser Fanatismus. Mit Berufung auf die alle Völker umfassende Liebe Gottes wurde die rassische, kulturelle oder sonstwie geartete Überlegenheit einer Nation über eine andere zurückgewiesen. Vielmehr sei es göttlicher Wille, daß sich der „Menschheitszweck“ im Zusammenspiel einer Vielzahl und Vielfalt von Kräften verwirkliche. Die Bewahrung ihres Bestandes und die ungehinderte Entfaltung ihrer Anlagen seien das Recht jeder Nation.⁴⁰

Auf der Grundlage dieser harmonischen Sicht der Völkergemeinschaft und der handfesten Einsicht in die Schwäche des Deutschen Reiches erwuchs das Bekenntnis zur Völkerverständigung, die das Recht jeder Nation, ihre Interessen friedlich zu verfolgen, einschloß.⁴¹ Selbst vor der Forderung, daß das Gebot der Liebe als oberstes Gesetz des Christentums zumindest das Verhältnis unter christlichen Nationen bestimmen müsse,⁴² und der Prokla-

³⁷ J. Fels: Nationalismus, in: Staatslexikon der Görres-Gesellschaft. – 5. Aufl., Bd. III, Sp. 1497 f.

³⁸ J. Fels (wie Anm. 37) und Karsten Ruppert: Die Deutsche Zentrumspartei in der Mitverantwortung für die Weimarer Republik: Selbstverständnis und politische Leitideen einer konfessionellen Mittelpartei, in: Die Minderheit als Mitte: die Deutsche Zentrumspartei in der Innenpolitik des Reiches 1871–1933 / hrsg. von Winfried Becker. Paderborn 1986, S. 71 ff.

³⁹ Friedrich Grebe: Sind wir national? Berlin 1921, S. 15 ff.

⁴⁰ J. Fels: Nation und Nationalismus, in: Staatslexikon der Görres-Gesellschaft. – 5. Aufl., Bd. III, Sp. 1483 ff. und 1497 f.; J. Joos (wie Anm. 36) S. 64 ff.; Heinrich Teipel: Vom deutschen Wesen und deutscher Politik, in: Zentrum 1923 S. 17 ff.; Dankworth: Nation und Zentrum, in: Kölnische Volkszeitung 164 / 14. 6. 1932; Heinrich Pesch: Nationalismus und Christentum, in: Festschrift Felix Porsch zum siebenzigsten Geburtstag dargebracht von der Görres-Gesellschaft zur Pflege der Wissenschaften im katholischen Deutschland. Paderborn 1923, S. 55 ff.

⁴¹ Friedrich Dessauer: Das Zentrum. Berlin 1931, S. 19; H. Teipel (wie Anm. 40).

⁴² Karl Bachem: Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei: zugleich ein Beitrag zur Geschichte der katholischen Bewegung sowie zur allgemeinen Geschichte des neueren und neuesten Deutschland 1815–1914, Bd. IX. Köln 1932, S. XXVIII f.

mation von Pflichten gegenüber der Menschheit, die höher stünden als die gegenüber dem Vaterland,⁴³ schreckte man nicht mehr zurück.

Mehr mit dem Blick nach innen und in bewußt gezogener Grenze gegenüber den Spielarten des Nationalismus, welcher der Republik zusetzte,⁴⁴ wurde eine Vaterlandsliebe propagiert, die auch dem Gewissen des einzelnen sein Recht ließ. Sie war stark genug, vor den Schwächen und Unvollkommenheiten des Vaterlandes die Augen nicht zu verschließen, ohne in ihrer Intensität nachzulassen.⁴⁵ In aktuellem Zuschnitt auf die Lage der Republik und die Rolle des Zentrums als dauernder Regierungspartei wurden entsagungsvolle Arbeit für die Nation und die Bereitschaft zur Verantwortung als höchste Form des Patriotismus gepriesen. Die Bilanz ihres zehnjährigen Wirkens in der Republik stellte die Partei bezeichnenderweise dann auch unter das Motto „Nationale Arbeit“.⁴⁶

Dem Kampfruf von rechts, national sein, heißt, gegen die Republik sein,⁴⁷ stellte das Zentrum also seine Devise entgegen, national sein, heißt, dem Volke in jeder Lage dienen.⁴⁸ Dem konservativen Nationalismus, der die Handlungsmöglichkeiten einer besiegten Nation nicht begreifen wollte, warf es ein destruktives Maulheldentum vor und trat nun seiner Anmaßung, das Monopol auf das Nationale zu besitzen, entschieden entgegen. Da das Zentrum selbst die Diffamierung als national unzuverlässig schmerzhaft erfahren hatte,⁴⁹ bekannte es sich zu verschiedenen Spielarten des Patriotismus⁵⁰ und hielt es für ein Zeichen politischer Kultur, Andersdenkenden die nationale Gesinnung nicht abzusprechen.⁵¹ Der im politischen Katholizismus heimische Begriff des Volkes als organischer Gegebenheit und allumfassender Verband ließ eine willkürliche Aussonderung von Teilen auch gar nicht zu.⁵²

Gegenüber dem neuen revolutionären Nationalismus mit seinen voluntaristischen Attitüden, seiner Ideologie des Blutes und seiner Verherrlichung

⁴³ Vgl. die Rede von Joseph Joos auf einer Tagung der Arbeiterzentrumswähler vom 23. 3. 1924 in Hagen: Kölnische Volkszeitung 225 / 24. 3. 1924.

⁴⁴ Dazu vor allem Kurt Sontheimer: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik: die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München 1978, S. 100 ff., 114 ff., 252 ff.

⁴⁵ J. Joos: Jugend, Nationalismus und Pazifismus (wie Anm. 36), S. 69.

⁴⁶ Nationale Arbeit: das Zentrum und sein Wirken in der deutschen Politik / hrsg. von Karl Anton Schulte. Berlin, Leipzig 1929.

⁴⁷ K. Sontheimer (wie Anm. 44) S. 254 f.

⁴⁸ Emil Ritter: Jungmann, Volk und Staat, in: Kölnische Volkszeitung 573 / 27. 7. 1924; vgl. auch die Aufzeichnung von Wilhelm Marx über den Charakter des Zentrums, in: Der Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx, 4 Bd.e / bearb. von Hugo Stehkämper. Köln 1968, hier Bd. 3, S. 271 ff.

⁴⁹ W. Marx empfand in seiner Aufzeichnung (wie Anm. 48) die Beschimpfung des Zentrums als national unzuverlässig als „furchtbar“.

⁵⁰ Vgl. E. Ritter (wie Anm. 48) S. 277.

⁵¹ Vgl. Johann Giesberts: Das Zentrum und die kommenden Wahlen: nach einer Rede, gehalten auf der Generalversammlung des Augustinus-Vereins am 17. 1. 1924 in Elberfeld. Berlin 1924, S. 23.

⁵² J. Joos (wie Anm. 36) S. 68 f. und E. Ritter (wie Anm. 48).

der Macht⁵³ versuchten Zentrumsideologen die Verengung des Nationalismus auf die Macht als eine deutsche Verirrung zu erweisen; sie wollten hingegen die Nation vornehmlich auf ihre kulturellen Manifestationen, ihre Überlieferungen und ihre Geschichte gründen.⁵⁴

Neben diesen Versuchen, einen den Möglichkeiten und Bedingungen der Weimarer Republik angemessenen Nationalismus zu schaffen, wirkte im Zentrum die überkommene Idee des Nationalstaats weiter, wie er sich in der Epoche des untergegangenen Kaiserreichs ausgebildet hatte. Sie prägte sein Geschichtsbild und war die entscheidende Barriere für eine kritische Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit. Denn die Glorifizierung des Weltkrieges als eine Zeit deutschen Heldentums⁵⁵ und als einen Höhepunkt nationaler Solidarität und Kraftanstrengung hat von vornherein verhindert, daß im politisch nötigen Umfang nach den Ursachen des Krieges und den Gründen für die Niederlage gefragt wurde.⁵⁶ Vielmehr wurde das Wort des britischen Premierministers Lloyd George, daß die Nationen in den Krieg geschlittert seien,⁵⁷ willig aufgegriffen. Es fand deswegen einen solchen Anklang, weil es alle Beteiligten in gleichem Umfang mehr freisprach als verurteilte und auf das Empfinden der Zeitgenossen des Sommers 1914 noch am weitesten Rücksicht nahm. Die Niederlage wurde mit Formeln erklärt, hinter denen jede greifbare Ursache und Verantwortung verschwand. Eine offensive Auseinandersetzung mit Kaiserreich und Krieg hätte komplementär ein Bekenntnis zur republikanischen und demokratischen Gegenwart bedeutet. Weil sie nicht erfolgte, ist das Zentrum öfters dem Bann nationaler Mythen, wie z.B. dem Hindenburgs, erlegen, und blieb es für nationale Verlockungen und Vorwürfe von rechts empfänglich.

Das haben die Republikaner in der Partei durchaus erkannt und daher einen klaren Trennungsstrich zum Kaiserreich gezogen. Sie stellten es als eine intrigante, unfähige und verantwortungslose Klassenherrschaft dar. Von dieser Plattform aus ließ sich die Rechte bekämpfen und den alten Eliten jeder Führungsanspruch streitig machen. Andererseits wirkte auch auf dem linken

⁵³ Ausführlich dazu Walter Gerhart (d.i. Waldemar Gurian): Um des Reiches Zukunft: nationale Wiedergeburt oder politische Reaktion? Freiburg 1932, S. 62 ff., der zutreffend von ganz unterschiedlichen Vorstellungen, aber von einem einheitlichen Lebensgefühl des „neuen Nationalismus“ spricht. Zur Entstehung der Abhandlung Gurians vgl. auch Heinz Hürten: Waldemar Gurian: ein Zeuge der Krise unserer Welt in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Mainz 1972, S. 70 ff. Vgl. auch K. Sontheimer (wie Anm. 44) S. 123 ff.

⁵⁴ E. Ritter (wie Anm. 48); J. Joos (wie Anm. 36); H. Teipel (wie Anm. 40); J. Fels: Nation (wie Anm. 40) Sp. 1490 ff.; Georg Schreiber: Zentrum und deutsche Politik: ein Handbuch zu den Dezemberwahlen 1924. Berlin 1924, S. 1128 ff.

⁵⁵ J. Giesberts (wie Anm. 51) S. 10.

⁵⁶ Ohne daraus weitere Konsequenzen zu ziehen, stellt Joseph Joos fest: „Auch ein verlorener Krieg, ein nationales Unglück, hat seinen tieferen Sinn für ein Volk, das ihn zu erfassen vermag.“ Vgl. Nationale Entwicklung und soziale Gemeinschaft, in: Nationale Arbeit (wie Anm. 46) S. 485.

⁵⁷ Germania 509 / 1. 11. 1927 und Wilhelm Marx: Die Kriegsschuldfrage, in: Historisches Archiv der Stadt Köln, Nachlaß Marx 101.

Flügel der Partei die Nationalstaatsidee nach. Bei der Aufarbeitung des verlorenen Krieges hielt auch er sich meist bedeckt, und das Credo ihres Protagonisten Joseph Wirth lautete, daß die Weimarer Republik alles in sich trage, um ein moderner, sozialer und nationaler Machtstaat zu werden.⁵⁸

Folglich bestand im politischen Katholizismus Einigkeit darin, daß die nationale Einheit das kostbarste Vermächtnis des untergegangenen Kaiserreiches sei. Der Republik wurde es als eine ihre größten Taten angerechnet, daß es ihr gelungen war, diese Einheit zu bewahren trotz aller Versuche, sie von außen und innen her zu zerbrechen. Mancher im Zentrum hat erst durch diese Taten der nationalen Selbstbehauptung seinen Glauben an die Nation wiedergefunden, der ihm angesichts der politischen und sozialen Zerrissenheit abhanden gekommen war.⁵⁹ Eine späte Nachwirkung der Tatsache, daß sich die Reichseinigung von 1866 bis 1871 gegen die deutschen Katholiken vollzogen hatte, war es vielleicht, daß sich die Einheit der Nation nicht um jeden Preis mit der Wiederherstellung des territorialen Bestands des Kaiserreichs verband. Als Folge der verstärkten Übernahme von Verantwortung für das Reich durch die Zentrumspartei in der Hochphase des europäischen Nationalismus wirkte in der Weimarer Republik sehr viel nachhaltiger die Gleichsetzung von Nationalstaat und Machtstaat nach,⁶⁰ dessen Domestizierung durch Recht und Sittengesetz jetzt aber deutlich betont wurde.⁶¹

IV

Das ideelle Substrat, welches der Außenpolitik des politischen Katholizismus zugrunde lag, war also geprägt von der Spannung eines durch das Christentum relativierten Nationalismus, nationalstaatlichem Geschichtsbild und Machtstaatsdenken. Die Rahmenbedingungen der Praxis wurden hingegen dadurch gesetzt, daß in seinen Reihen die Deutsche Zentrumspartei die außenpolitisch führende Kraft war. Die Bayerische Volkspartei – als Regionalpartei ganz überwiegend innenpolitisch orientiert – folgte ihm meist bei außenpolitischen Entscheidungen. Doch selbst das Abweichen ihrer kleinen Reichstagsfraktion war ohne Belang, da ihre Zustimmung angesichts der meist breiten außenpolitischen Mehrheit im Reichstag zwischen den Parteien der „Weimarer Koalition“ (SPD, DDP, Zentrum) und der DVP nicht benötigt wurde.⁶² In den mittleren Jahren der Republik hatte noch die Christlich-

⁵⁸ (Josef) Wirth: Zur Reichstagswahl am 7. Dezember 1924. Freiburg 1924, passim.

⁵⁹ Wilhelm Marx: Der Weg des Zentrums, undatierte Rede (nach 1924): Historisches Archiv der Stadt Köln, Nachlaß Marx 231.

⁶⁰ „Das Reich“: Germania 15 / 18. 1. 1931; W. Gerhart (wie Anm. 53) S. 17 sieht das Wesen des wilhelminischen Nationalismus im „Stolz auf die deutsche Weltstellung“ und der Forderung „die deutsche Machtstellung stärker zu betonen“. Seine Verwurzelung im „deutschen Volkstum“ sei unpolitisch und nicht nachhaltig gewesen.

⁶¹ Zitat L. Baur/K. Rieder (wie Anm. 17) S. 89 f.

⁶² Klaus Schönhoven: Die Bayerische Volkspartei 1914–1932. Düsseldorf 1972, S. 131 ff. und 232 ff.

soziale Reichspartei mit ihrem ebenso radikalen wie alle Realitäten ignorierenden Pazifismus vergeblich versucht sich als außenpolitische Alternative zum Zentrum zu profilieren.⁶³ Die rechtskatholischen Sehnsüchte nach einer Erneuerung des Reiches wiederum blieben in entsprechenden Publikationen diskutierte intellektuelle Konstrukte, die sich weder die Parteien der Rechten noch des politischen Katholizismus zu eigen machten.⁶⁴

Da im Kaiserreich allerdings die Außenpolitik Prerogative der Exekutive gewesen war und der diplomatische Dienst Reservat der herrschenden Schichten, hatte das Zentrum wie auch die anderen Parteien keine außenpolitische Erfahrung sammeln können und keine Tradition auf diesem Gebiet ausgebildet.⁶⁵ Die Übernahme von Regierungsverantwortung nach dem Systemwechsel von 1918/19, der überragende Stellenwert, den die Überwindung der Kriegsfolgen innen- wie außenpolitisch erhielt, und daß die Stammlande der Partei (Rhein und Ruhr, Schlesien und Ostpreußen) im besonderen deren Lasten zu tragen hatten, haben aber die Außenpolitik rasch zu einem Hauptanliegen der Partei des politischen Katholizismus werden lassen.⁶⁶ Dennoch gestaltete es diese in der Weimarer Republik aufgrund des historischen Mankos nur begrenzt mit. Dem Auswärtigen Amt gelang es nämlich, die Parteien weitgehend aus der internen Willensbildung auszuschließen und deren Einwirkung auf die unumgängliche parlamentarische Auseinandersetzung mit den Ergebnissen zu begrenzen. Schließlich hat das Zentrum auch keine Außenpolitiker in seinen Reihen gehabt, die aufgrund ihrer Kompetenz weitergehenden Einfluß hätten erzielen können. Georg Schreiber kaprizierte sich auf das Auslandsdeutschtum und die internationalen Kulturbeziehungen, und der außenpolitische Sprecher und letzte Parteivorsitzende Ludwig Kaas hat in seiner Fixierung auf das Völkerrecht die politische Dimension der Probleme oft nicht gesehen.

Neben der inhaltlichen Übereinstimmung lag es wohl auch an diesem personellen Defizit, daß sich das Zentrum so weitgehend mit dem Außenminister Gustav Stresemann identifizierte. In der Überzeugung, daß die Deutsche Volkspartei seit ihrer Einbindung in die Regierungsverantwortung durch den Zentrumskanzler Wirth im November 1922 auf die eigene außenpolitische Linie eingeschwenkt sei,⁶⁷ folgte sie deren Vorsitzendem so loyal wie vielleicht keine andere Partei, seine eigene eingeschlossen. Sie tat dies, obwohl sie die Raison mancher Überlegungen Stresemanns nicht ganz durchschaute,

⁶³ D. Riesenberger: Friedensbewegung in Deutschland (wie Anm. 16), S. 169 ff.

⁶⁴ G. Clemens (wie Anm. 3) S. 99 ff. und Klaus Breuning: Die Vision des Reiches: deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929–1934). München 1969, S. 51 ff.

⁶⁵ Dazu auch Joseph Wirth: Le Centre allemand dans la nouvelle Europe, in: L'Esprit international 1927 / 2 / S. 147 ff.

⁶⁶ Dazu auch K. Ruppert: Einfluß (wie Anm. 12), S. 142 ff. und Kölnische Volkszeitung 878 / 5. 12. 1928.

⁶⁷ Neun Jahre Zentrums politik: Leistung und Aufgabe, Berlin 1928, S. 4.

ihr einiges auch zu kühn erschien und trotz gelegentlicher Sticheleien einzelner Zentrums Politiker, die meist der eigenen Profilierung dienten.

V

Der alles beherrschende Ausgangspunkt der Außenpolitik des politischen Katholizismus war der Versailler Vertrag. Das „brutale“ Diktat hat die deutschen Katholiken und ihre politische Vertretung aus allen Illusionen gerissen, und das Zentrum hat sich für dessen Annahme am 23. Juni 1919 nur eingesetzt, um die Einheit des Reiches zu bewahren und Anarchie im Innern zu verhindern.⁶⁸ Wie fast das gesamte deutsche Volk so war auch der deutsche Katholizismus sich darin einig, daß sich das Reich mit der Abtretung größerer Gebietsteile im Westen und Osten, mit dem Verlust der Kolonien, mit Besatzung und Militärkontrolle ebenso wenig abfinden könne wie mit der Verurteilung als Kriegstreiber und der daraus abgeleiteten Leistung von Wiedergutmachung im vorgesehenen Umfang.⁶⁹

Um eine moralische Berechtigung zu erhalten, sich derartigen Verpflichtungen aus diesem Vertrag zu entziehen, haben sich einzelne sogar auf den für das geschlagene Deutschland gefährlichen Weg begeben, die Verbindlichkeit von Verträgen, zumindest wenn sie erzwungen und unerfüllbar seien, zu bezweifeln.⁷⁰ Dem Vorsitzenden der Zentrums Partei Ludwig Kaas scheint es dabei gar nicht aufgegangen zu sein, daß seine Ansicht, die „Heiligkeit der Verträge“ sei eine „egoistische Fiktion der beati possidentes“⁷¹ in merkwürdigem Kontrast zu seiner sonstigen Hochschätzung des Völkerrechts und der Intensität stand, mit der er und seine Partei auf die Einhaltung der sich aus dem Versailler Vertrag für die Sieger ergebenden Verpflichtungen pochten.

Die Relativierung dieses Vertrags hatte ihre Wurzel darin, daß die deutschen Katholiken zusammen mit der übrigen Bevölkerung die zweifellos schweren und politisch meist wenig klugen Bedingungen niemals als Folge einer selbst zu verantwortenden Niederlage begriffen. Sogar die Tatsache wurde lieber camouffliert als beim Namen genannt. So kam die Revisionspolitik nie aus der Perspektive des Kampfes gegen ein Unrecht heraus. Die erzielten Erfolge mußten daher zwangsläufig die Erwartungen in Partei und Volk enttäuschen und wurden deswegen auch nur halbherzig propagiert. Dies wäre vermutlich anders gewesen, hätte man sie als konstruktive Schritte zur Überwindung der Kriegsfolgen herausstellen können. In der Perspektive

⁶⁸ R. Morsey: Deutsche Zentrums Partei (wie Anm. 5), S. 180 ff.

⁶⁹ Vgl. unter anderem Carl Trimborn auf dem Reichsparteitag von 1920: Offizieller Bericht des 1. Reichsparteitages der deutschen Zentrums Partei: Tagung zu Berlin vom 19. bis 22. Januar 1920. Berlin o.J., S. 5 und 15 f.; Germania 295 / 28. 6. 1929.

⁷⁰ Germania 362 / 30. 12. 1932.

⁷¹ Vgl. sein Vorwort zu W. Hagemann: Deutschland am Scheideweg (wie Anm. 34), S. VII.

des schuldlosen Unterdrückten stellte sich auch das für eine erfolgreiche Außenpolitik unverzichtbare Verständnis für die Lage der Gegenseite gar nicht oder nur schwer ein. Und schließlich mag die bis zum Ende der Republik nicht überwundene Fixierung auf die Versailler Ausgangslage dazu beigetragen haben, daß die Außenpolitik der Parteien des politischen Katholizismus so wenig schöpferisch und zukunftsweisend war, sie sich vielmehr überwiegend mit dem billigen Nachvollzug der von anderen angestoßenen und getragenen Revisionspolitik begnügte.

Fast exemplarisch zeigte sich die Sterilität der Hypertrophierung von Versailles an dem Kampf gegen die Bestimmung, daß Deutschland allein die Schuld am Ausbruch des Krieges trage, auf den es planmäßig zugesteuert sei. Für die deutschen Katholiken hatte es von Anfang an fraglos festgestanden, daß eine große, auf die Vergangenheit stolze und ehrlich um das Wohl der Menschheit bemühte Nation⁷² nicht die alleinige, einige meinten sogar am wenigsten,⁷³ Schuld an der Katastrophe tragen könne. Zentrum und Bayerische Volkspartei haben daher mit dafür gesorgt, daß das Thema nicht aus dem öffentlichen Bewußtsein verschwand. Als aber die Alliierten, für die diese Frage kein „point d'honneur“, sondern die moralische Legitimation ihrer Forderungen an Deutschland war, an ihrer Auffassung ebenso verbissen festhielten, wie sie die Deutschen bekämpften, hat vor allem das Zentrum die amtliche Zurückweisung des Kriegsschuldvorwurfs durch die jeweiligen Reichsregierungen unter dem Gesichtspunkt der politischen Opportunität betrachtet. Dies um so mehr, als die Regierungen immer wieder vor der Notifikation des deutschen Standpunkts bei Verhandlungen zurückschreckten, wenn die Alliierten drohten, daß dann Substantielleres gefährdet sei.⁷⁴

So erwies sich die leidige Kriegsschuldfrage in dem Maße für die konstruktiven Kräfte als ein Klotz am Bein, in dem Deutschland seine außenpolitische Handlungsfreiheit allmählich wiedergewann. Denn mit der einmütigen, doch wirkungslosen Empörung in Deutschland war vor allen Dingen der Boden dafür bereitet worden, daß der Rechten mit dem Verlangen, alle Verhandlungen durch die Zurückweisung der deutschen Kriegsschuld zu eröffnen, ein probates Mittel zur Verfügung stand, um die sich seit 1924 abzeichnende Annäherung von Siegern und Besiegten zu unterlaufen.⁷⁵ Daher war man froh, in der Mitte der zwanziger Jahre die Frage in die Untersuchungsausschüsse und wissenschaftlichen Kommissionen verlagern zu können. Das hat eine differenziertere Betrachtung gefördert. Damit ging, zumindest im politischen Katholizismus, ein Nachlassen des Interesses an der Auf-

⁷² So Germania 146 / 28. 3. 1930.

⁷³ Friedrich Sell: Grundsätzliches zur Frage der Kriegsschuld, in: Das Zentrum 1923, S. 89 f.

⁷⁴ Richard Kuenzer: Die Außenpolitik des Zentrums: für Einheit und Freiheit des Reichs und für Verständigung zwischen den Nationen, in: Nationale Arbeit (wie Anm. 46), S. 144 f.

⁷⁵ Vgl. auch W. Marx: Kriegsschuldfrage (wie Anm. 57).

klärung der Kriegsschuldfrage einher.⁷⁶ Schließlich wurde in der Auffassung Stresemanns, daß mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund dessen moralische Rehabilitierung erfolgt sei, eine Position gefunden, auf der man die Sache beruhen lassen konnte.

Einen ähnlich hohen Stellenwert und ein vergleichbares Schicksal wie die Kriegsschuldfrage hatte anfangs die Wiedergewinnung der Kolonien, verbunden mit der Widerlegung der alliierten Behauptung des deutschen Versagens bei deren Verwaltung. Als „Kulturstaat“ glaubte Deutschland, einen Anspruch auf die Entwicklung „unentwickelter“ Völker zu haben, und zur Erfüllung der Reparationsleistungen schienen billige Rohstoffquellen wie abhängige Absatzmärkte nötiger als jemals zuvor. Nun haben die Alliierten aus Anlaß des deutschen Eintritts in den Völkerbund die Vorwürfe kolonialer Mißwirtschaft zwar zurückgenommen, doch sich daran knüpfende weitergehende Hoffnungen zumindest auf eine Beteiligung an der Mandatsverwaltung der verlorenen Überseegebiete blieben unerfüllt.⁷⁷

Dies hatte aber auf die Kolonialpolitik des politischen Katholizismus keine Rückwirkungen mehr, auch wenn im Fahrwasser des maximalen Revisionismus in der Ära Brüning/Curtius erneut vereinzelt koloniale Ansprüche in der katholischen Öffentlichkeit erhoben wurden.⁷⁸ Kennzeichnend war vielmehr, daß sich das Streben nach kolonialem Besitz mit einer Schnelligkeit verflüchtigt hatte, die in einem merkwürdigen Kontrast zur Bedeutung dieser Forderung unmittelbar nach dem Krieg stand. Dazu hatte sowohl die Masse aktueller Bedrängnisse wie eine gewandelte Sicht der Kolonisierung im deutschen Katholizismus beigetragen.

Schwankend nämlich zwischen der Überzeugung von der Überlegenheit der europäischen Zivilisation, deren Relativierung und Verständnis für die Andersartigkeit der Kolonialvölker, erkannte man nun, daß die Ausbreitung europäischer Zivilisation und christliche Mission mit der wirtschaftlichen Ausbeutung Hand in Hand gegangen seien. Überzeugt davon, daß die Epoche solcher Kolonisierung zu Ende gehe, wurde christlicher Kolonialpolitik die Aufgabe zugewiesen, auf die Einbindung der Kolonien in eine offene Weltwirtschaft hinzuwirken und die Weiterentwicklung der christlichen Mission auf eine Art „Entwicklungshilfe“ hin zu fördern.⁷⁹

Die Erfahrung, daß die Möglichkeiten zum Kampf gegen den Versailler Vertrag in den ersten Jahren enger waren, als auch im Zentrum angenommen worden war, wurde bei der in der unmittelbaren Nachkriegszeit im Vordergrund stehenden Festsetzung der Reparationen jetzt wie auch später bestä-

⁷⁶ W. Marx: Kriegsschuldfrage (wie Anm. 57); Ulrich Heinemann: Die verdrängte Niederlage: politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik. Göttingen 1983, S. 242 f.; A. Langner (wie Anm. 1) S. 248 f.

⁷⁷ Vgl. vor allem die Aufzeichnungen des Zentrums politiklers und kurzzeitigen Kolonialministers Johannes Bell zur Kolonialfrage im Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Bell 13.

⁷⁸ W. Hagemann: Deutschland am Scheideweg (wie Anm. 34), S. 7 f.

⁷⁹ W. Hagemann: Deutschland am Scheideweg (wie Anm. 34), S. 133 ff.

tigt. Die Sieger waren anfangs nicht einmal bereit, sich mit deutschen Vorstellungen näher auseinanderzusetzen. Als die Alliierten auf den daraufhin erfolgten diplomatischen und politischen Widerstand der von dem Zentrumsminister Constantin Fehrenbach geführten Regierung im März 1921 mit Sanktionen antworteten, war deutlich, daß auf diesem Weg die außenpolitischen Fesseln nicht gelockert werden konnten, sondern daß sie im Gegenteil nur enger wurden. Die ebenfalls vom Zentrum geführte Regierung Wirth vollzog daraufhin anschließend einen Kurswechsel, indem sie sich den Diktaten fügte, in der Zuversicht, dadurch die Alliierten von deren praktischer Undurchführbarkeit überzeugen zu können.⁸⁰

Diese sogenannte „Erfüllungspolitik“ war also weit mehr Ausdruck von Ohnmacht als der Beginn der späteren „Verständigungspolitik“, wie dies im Zentrum gerne dargestellt wurde. Wenn sich die an den Kurswechsel von 1921/22 geknüpften Hoffnungen auch nicht erfüllten, so erschien vor ihm dennoch die gewaltsame Durchsetzung französischer Forderungen um so rücksichtsloser.⁸¹ Dies hat Großbritannien nach dem Ruhreinmarsch 1923 zu einem Überdenken seiner bisherigen Reparations-Politik veranlaßt. Zur selben Zeit drängten amerikanische Finanz- und Wirtschaftskreise die eigene Regierung, sich in die Schlichtung der europäischen Konflikte als Voraussetzung für die Regeneration der Weltwirtschaft einzuschalten.⁸² In der damit eingeleiteten Verschlichung des Reparationsproblems und dem Beginn einer kooperativen Diplomatie lag die Chance für eine auch deutsche Interessen wahrende Außenpolitik.

In der Auseinandersetzung mit dem aus diesen Verhandlungen hervorgegangenen Dawes-Plan, der in die Londoner Abkommen vom 16. August 1924 eingegangen ist, haben sich die Grundlinien der neuen Reparationspolitik des Zentrums gebildet. Obwohl bisherige Unerträglichkeiten beseitigt worden waren, indem die deutschen Leistungen bis zum Zeitpunkt des erhofften wirtschaftlichen Aufschwungs 1929 reduziert und die Sicherung der Stabilität der deutschen Währung fest verankert worden waren, ist das Zentrum über die finanziellen und wirtschaftlichen Vertragsbestimmungen fast ganz hinweggegangen, da sie die allgemeine Vorstellungskraft überstiegen. Gedanken darüber, welche Auswirkungen die „kaum tragbaren Lasten“⁸³ haben würden, schienen nicht drängend, da man von Anfang an eine baldige Revision anstrebte.⁸⁴ So trat ganz die Frage in den Vordergrund, was in Lon-

⁸⁰ R. Morsey: Deutsche Zentrumsparlei (wie Anm. 5), S. 379 ff.; Das Zentrum 1931, S. 25 ff.

⁸¹ Peter Krüger: Die Außenpolitik der Republik von Weimar. Darmstadt 1985, S. 183 ff.

⁸² Werner Link: Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32. Düsseldorf 1970, S. 216 ff.; Gilbert Ziebur: Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24–1931: zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch. Frankfurt 1984, S. 83 ff.

⁸³ Kölnische Volkszeitung 645 / 21. 8. 1924.

⁸⁴ Erinnerungsbericht von Wilhelm Marx, in: Historisches Archiv der Stadt Köln, NL Marx 62.

don an nationalen Erfolgen erreicht worden sei. Damit aber wurden die Abkommen von einem Gesichtspunkt aus bewertet, der den Gegnern mehr nutzte als den Kräften, die diese Politik trugen. Das Zentrum hatte sich in diese Position selbst hineinmanövriert, indem es entgegen allen bisherigen Erfahrungen und in Verkennung der alliierten Interessen mit der Neuregelung der Reparationen die Befreiung des gesamten besetzten Gebietes und die Revision kardinaler Bestimmungen des Versailler Vertrags heraufziehen sah.⁸⁵ Daher blieben dann auch selbst gegenüber den politisch vorzeigbaren Erfolgen wie der Wiederherstellung der deutschen Wirtschafts- und Finanzhoheit, der baldigen Räumung des vertragswidrig besetzten Ruhrgebiets, dem umfangreichen Kreditprogramm für die deutsche Wirtschaft und dem internationalen Durchbruch des Reiches Vorbehalte, die das Bekenntnis zu dem von der eigenen Regierung Erreichten matt ausfallen ließen.⁸⁶

Da mit der Annahme der Londoner Abkommen im August 1924 das Reparationsproblem in den Hintergrund trat, hat die deutsche Außenpolitik größere Handlungsmöglichkeiten erhalten. Das Zentrum hat darin vor allem eine Gelegenheit für die „Wiedergewinnung der nationalen Freiheit“⁸⁷ gesehen. Unter dieser Devise hat es in Kooperation mit den anderen demokratischen Parteien und ohne weitreichenden Gegensatz die Revisionspolitik Stresemanns mitgetragen. Diese lief darauf hinaus, durch die Milderung der wirtschaftlichen Lasten des Versailler Vertrags und die Sanierung der heimischen Volkswirtschaft mit Hilfe des ausländischen Kapitals die wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Wiederaufstieg des Reiches zu schaffen.

Dieses längerfristige Ziel stand allerdings für das Zentrum zunächst im Schatten der Behauptung seiner Stammlande an Rhein und Ruhr. Nach deren Sicherung erhielt die vorzeitige Räumung von der Besatzung wie der Abbau der als diskriminierend empfundenen Militärkontrolle Priorität. Diese, so bezeichnete „Rückgewinnung der nationalen Souveränität“ hat seit der Mitte der zwanziger Jahre in einem Maße die Außenpolitik der Partei dominiert, daß sie über weite Strecken nur eine Funktion dieser Vorgabe war.

Da Deutschland die Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan fristgerecht erfüllt hatte und nachdem es im Locarno-Vertrag internationale Sicherheitsgarantien eingegangen war, gab sich das Zentrum der Illusion hin, daß nun die Bedingungen für eine vorzeitige Räumung des besetzten Rheinlands erfüllt

⁸⁵ Johannes Bell in: *Germania* 268 / 3. 7. 1924.

⁸⁶ Dazu Kölnische Volkszeitung 630, 643, 645 / 16, 21. 1924; Reichstagsreden von Marx, Kaas und Fehrenbach, in: *Stenographische Berichte*, Bd. 381, S. 771 ff., 815 ff., 1012 f.

⁸⁷ Zusammenfassend von seiten des Zentrums die Berichte von Ludwig Kaas in den Politischen Jahrbüchern 1925, 1926, 1927/28 / hrsg. von Georg Schreiber. Mönchengladbach 1925 ff.; Richard Kuenzer: *Die Außenpolitik des Zentrums* (wie Anm. 74) ist eine wenig aufschlußreiche Faktensammlung. Johannes Bell: *Zentrumsgedanken zur deutschen Außenpolitik*, in: *Allgemeines Europäisches Gespräch* 4, 1926, S. 175 ff. verliert sich in Allgemeinplätzen.

seien.⁸⁸ Es verstieg sich daher in der kurzen Zeit seiner Opposition vor den im Frühjahr 1929 beginnenden Verhandlungen über die Neufestsetzung deutscher Reparationsleistungen zu der Auffassung, daß nun keine politischen Konzessionen mehr gemacht werden könnten und daß die Zahlungen und Sachlieferungen der niemals näher präzisierten Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft angepaßt werden müßten. Kaum wieder in der Regierungsverantwortung dämmerte ihm aber, daß Deutschland den seit Juni vorliegenden Young-Plan gar nicht mehr ablehnen konnte, wenn es den Zusammenbruch der Reichsfinanzen vermeiden wollte. Trotzdem mußte man bei den nationalpolitischen Forderungen nochmals draufsatteln, nachdem man die vorzeitige Räumung des Rheinlands als selbstverständlich propagiert hatte. Der finanziell wenig attraktive Vertrag schien dem Zentrum nur durchsetzbar, wenn gleichzeitig die Aussicht auf die vorzeitige Rückgabe der Saar eröffnet würde. Als Mitglied einer Regierungskoalition, die gar keinen Handlungsspielraum mehr hatte, mußte das Zentrum den Vereinbarungen aber zustimmen, obwohl keine seiner revisionspolitischen Vorstellungen erfüllt waren. So war nicht mehr erreicht worden, als daß die Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Reparationsverhandlungen, für die man doch Verantwortung mittrug, genährt wurde.

Die tieferen Gründe für die Verstrickungen der Reparationspolitik des politischen Katholizismus lagen darin, daß man die Berechtigung der „Tribute“ niemals innerlich anerkannt hat. Der Parteivorsitzende und Reichskanzler Wilhelm Marx vermochte in ihnen nur die Folge des Unrechts des Versailler Vertrags sehen, an denen daher der „Fluch Gottes“ klebe.⁸⁹ Als Ausfluß der Siegerwillkür blieben sie in den Augen der Katholiken das härteste Mittel zur Unterdrückung Deutschlands. Daher war es dessen, vom politischen Katholizismus unterstütztes Bestreben, die Leistungen zu reduzieren, die mit den Reparationsplänen verbundenen wirtschaftlichen Vorteile zu nutzen und in den Verhandlungen die größtmöglichen revisionspolitischen Erfolge zu erzielen. Deswegen stimmte man auch den jeweiligen Vereinbarungen zu, obwohl die Bereitschaft nicht vorhanden war, diese, so wie sie vorlagen, auch zu erfüllen.

VI

Die Außenpolitik des politischen Katholizismus zwischen den beiden Reparationsvereinbarungen trug aber nicht nur das Signum der Revision, sondern wurde auch von dem Bemühen bestimmt, über die Abwehr alliierter Forderungen und die Überwindung von Versailles hinauszukommen. Diese sogenannte „Verständigungspolitik“ ist ihm nicht leichtgefallen, da sie den Ver-

⁸⁸ Dazu die Rede des Zentrumsabgeordneten Ulitzka am 24. 6. 1929 im Reichstag: Stenographische Berichte, Bd. 425, S. 2825.

⁸⁹ So 1924 gegenüber Charles G. Dawes auf der Londoner Konferenz, in: Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx I (wie Anm. 48), S. 320 f.

zicht auf manche nationale Illusion und deutliche Abstriche bei den Revisionsforderungen verlangte.⁹⁰

Dies wurde zuerst deutlich bei seiner schließlichen Zustimmung zur Anerkennung der Westgrenze des Reiches im Locarno-Vertrag von 1925.⁹¹ Neben Skepsis gegenüber der Haltung der elsass-lothringischen Bevölkerung und Einsicht in die Machtverhältnisse war dafür ausschlaggebend gewesen, daß Erfolge bei der als vordringlich angesehenen Räumung des besetzten Gebietes und des Abbaus der Militärkontrolle ohne dieses Opfer nicht zu erreichen sein würden.⁹² Kaum jemand sah, welch ein Gewinn allein schon die Garantie der Westgrenze für die nationale Integrität des geschlagenen und abgerüsteten Deutschland bedeutete, da man davon überzeugt war, daß die Gegenseite nicht weniger als man selbst daran interessiert sein mußte. Daher erfolgte die Zustimmung auch mehr in der Hoffnung, daß durch den Vertrag das französische Mißtrauen soweit abgebaut würde, daß sein Widerstand gegen die Wiedergewinnung der vollen Souveränität des Reiches leichter zu überwinden sein würde. Die in den eigenen Reihen verbliebenen nationalen Vorbehalte sollten durch die Fiktion überwunden werden, daß kein Rechtsanspruch auf „deutsches Land“ aufgegeben und der gütliche Vergleich mit Belgien über Eupen-Malmedy nicht ausgeschlossen worden sei.⁹³

Dennoch wurde in der Folgezeit Locarno als die Frucht der Verständigungspolitik gefeiert, als es darum ging, die noch ganz im Schatten der Kriegsfolgen stehende Revisionspolitik nach und nach abzulösen.⁹⁴ Nun sollte auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Nationen eine internationale Ordnung errichtet werden, in der Recht vor Macht ging und in der supranationale Organisationen zur Bewältigung zwischenstaatlicher Konflikte ihren angemessenen Platz erhalten sollten. Unter europäischem Blickwinkel war damit die Hoffnung verbunden, daß sich die nach dem Ende des Krieges gebildeten Nationalstaaten des Kontinents, die man zum Teil nicht

⁹⁰ Dazu auch Wilhelm Marx in: Weckruf 1926 / 1 S. 1 und Redekonzept Johannes Bells von 1929: Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Bell 11. Die allgemeinen Aussagen von Georg May: Ludwig Kaas: Der Priester, der Politiker und der Gelehrte aus der Schule von Ulrich Stutz, 3 Bände. Amsterdam 1981, 1982, hier Bd. I, S. 465 ff. verkennen die Ambivalenz der Verständigungspolitik.

⁹¹ Zur BVP vgl. K. Schönhoven (wie Anm. 62) S. 131 ff.

⁹² Dazu unter anderem die Ausführungen von Wilhelm Marx und Constantin Fehrenbach auf dem Reichsparteitag von 1925 in: Offizieller Bericht des vierten Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei: Tagung zu Cassel am 16. und 17. November 1925 / hrsg. vom Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei. Berlin o.J., S. 26 f. und 78 f.

⁹³ Ludwig Kaas: Außenpolitik des Reiches: Politisches Jahrbuch 1926 (wie Anm. 87), S. 12 ff.; Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925 / bearb. von Rudolf Morsey und Karsten Ruppert. Mainz 1981, S. 605 ff.; Fehrenbach und Marx auf dem Reichsparteitag von 1925: Offizieller Bericht (wie Anm. 92), S. 79 f.

⁹⁴ Karl Anton Schulte: Zentrum und neue Zeit, in: Nationale Arbeit (wie Anm. 46), S. 48 f.; Joseph Joos: Die politische Ideenwelt des Zentrums. Karlsruhe 1928, S. 56 ff.; K. Bachem (wie Anm. 42) S. 500 f.; „Nationalpolitisches Manifest“ vom Januar 1927, in: Politisches Jahrbuch 1925 (wie Anm. 87), 1927/28, S. 85.

für lebensfähig hielt, enger zusammenschließen würden, um das politische und wirtschaftliche Gewicht Europas in der Welt zu stärken.⁹⁵

Es gab keine eindeutigen Vorstellungen im deutschen Katholizismus wie in den ihn repräsentierenden Parteien darüber, wie sich Europa neu formieren sollte. Klar war nur, daß die Pläne der Paneuropa-Bewegung zur Schaffung eines europäischen Einheitsstaates (ohne Großbritannien und die Sowjetunion) nach amerikanischem Vorbild aufgrund der politischen Zerklüftung, des wirtschaftlichen Gefälles wie einer völlig anderen historischen Ausgangslage Utopie bleiben würden. Nicht weniger nachdrücklich wurden die Europa-Pläne des französischen Außenministers Aristide Briand abgelehnt. In dessen System von Garantien und kollektiven Sanktionen vermochte man nicht mehr als den Versuch zu erblicken, den bestehenden Machtzustand in Europa zu zementieren. Zur Stärkung des Kontinents wie zur Sicherung des Friedens wurde der schrittweisen Verflechtung von Wirtschaft und Kultur der Vorzug gegeben, die ihren Abschluß in einer überwölbenden politischen Organisation finden sollte, die neben oder innerhalb des Völkerbundes bestehen könnte.⁹⁶

Am Rande und als Möglichkeit der Zukunft wurde auch die Mitteleuropa-Idee der Vorkriegszeit in zeitgemäßer Form wiederbelebt. Gedacht war dabei an einen Bund des Reiches mit den neuen Staaten Ost- und Südosteuropas. Verlockend war, daß sich so das Grenz- und Minderheitenproblem im deutschen Sinne entschärfen ließ und sich Deutschland eine Basis für die anzustrebende Großmachtstellung erwarb.⁹⁷ Wie immer die Neugestaltung Europas ausfallen mochte, das katholische Deutschland war davon überzeugt, daß es „mit seinem ausgesprochenen Sinn für den Primat des Geistigen und die Notwendigkeit des Friedenswerkes, Führerarbeit leisten“ könnte.⁹⁸

Dafür war allerdings der Einsatz des Zentrums (die Bayerische Volkspartei hat sich erst gar nicht beteiligt) bei der Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Parteien Europas kein Beweis⁹⁹, und davon war wenig zu spüren, als Deutschland in Konsequenz des Locarno-Vertrags der einzigen supranationalen Organisation von Bedeutung beitrug. Denn das Verhältnis der deutschen Katholiken zum Völkerbund war gespalten. Grundsätzlich sah man in der ihm zugrunde liegenden Idee ein geeignetes Mittel zur Stabilisierung der Beziehungen zwischen den Völkern und zur nötigen Kooperation in einer

⁹⁵ L. Kaas in: Politisches Jahrbuch 1925 (wie Anm. 87), S. 31.

⁹⁶ Walter Hagemann: Deutschland und seine europäische Mission, in: Junges Zentrum 1931 / 8 / S. 3 ff. und „Deutschlands Weg nach Europa“: Junges Zentrum 1929, S. 269 ff.

⁹⁷ Walter Hambach: Mitteleuropa, in: Abendland 1929/30, S. 214 ff.

⁹⁸ W. Hagemann: Deutschland am Scheideweg (wie Anm. 34), S. 65.

⁹⁹ Dazu Alwin Hanschmidt: Eine christlich-demokratische „Internationale“ zwischen den Weltkriegen: das „Secrétariat International des Partis Démocratiques d'Inspiration Chrétienne“ in Paris, in: Christliche Demokratie in Europa: Grundlagen und Entwicklungen seit dem 19. Jahrhundert / hrsg. von Winfried Becker und Rudolf Morsey, Köln u.a. 1988, S. 163 ff.

zusammenwachsenden Welt.¹⁰⁰ Andererseits – und das wog schwerer – war er im Zusammenhang mit dem „Pfuscher- und Gewaltwerk von Versailles“¹⁰¹ entstanden und als Instrument der Sieger gehandhabt worden. Dies hatte in den Anfangsjahren insbesondere Deutschland bei den Entscheidungen des Bundes über Danzig und das Memelland wie bei der Abstimmung in Oberschlesien erfahren. Entsprechend zwiespältig waren denn auch die Erwartungen, die an die künftige Mitwirkung geknüpft wurden. Die Furcht, in der Revisionspolitik gehemmt zu werden, wurde von der Hoffnung überlagert, in den Organen des Bundes, die in Versailles ausdrücklich für Minderheitenschutz und Grenzrevisionen vorgesehen worden waren,¹⁰² im deutschen Sinne wirken zu können. Dazu kamen überzogene Hoffnungen auf eine Bereinigung der deutsch-französischen Streitfragen in der Atmosphäre internationaler Entspannung,¹⁰³ und schließlich wollte man in der Erweiterung der außenpolitischen Wirkungsmöglichkeiten ganz allgemein das Positive sehen.¹⁰⁴

Die Bilanz, die der politische Katholizismus hinsichtlich dieser Verständigungspolitik zu Beginn der dreißiger Jahre zog, war dann doch eher negativ. Es war bezeichnend, daß nicht darüber geklagt wurde, daß beim Abbau des Mißtrauens und beim europäischen Zusammenschluß keine Fortschritte erzielt worden seien, sondern daß sich die nationalen Hoffnungen nicht erfüllt hatten. Denn man hatte tatsächlich geglaubt, daß in der gewandelten Atmosphäre die deutschen Rechtsansprüche vorurteilslos gewürdigt und das Verständnis für die moralische Berechtigung der deutschen Forderungen wachsen würde,¹⁰⁵ daß sich also die politische Gleichberechtigung des Reiches, die Wiederherstellung seiner Souveränität und eine angemessene Aufrüstung nun als selbstverständlich verstehen und daß zumindest gemäßigte Grenzkorrekturen wie auch die Zollunion mit Österreich erleichtert würden. Statt dessen verspürte man allenthalben einen stärkeren französischen Abwehrwillen, gespeist aus einem seit dem Abzug der Besatzung vermehrten Sicherheitsbedürfnis und einem seit dem Aufstieg der Nationalsozialisten gewachsenen Mißtrauen.¹⁰⁶

Zentrum und BVP haben infolgedessen in den frühen dreißiger Jahren den starren und einseitigen Kurs der Regierung Brüning unterstützt und sich daher auch nicht deren gefährlicher Taktik, die innere Krise für außenpolitische Zwecke zu mobilisieren, widersetzt.¹⁰⁷ Sie haben sich vielmehr in der

¹⁰⁰ Ludwig Kaas: Völkerbund als deutsche Aufgabe, in: Nationale Arbeit (wie Anm. 46), S. 119 ff.

¹⁰¹ So Kaas (wie Anm. 100), S. 122.

¹⁰² Dazu ausführlich W. Hagemann: Deutschland am Scheideweg (wie Anm. 34), S. 69 ff.

¹⁰³ Kölnische Volkszeitung 657 / 5. 9. 1926; Germania 436 / 19. 9. 1926.

¹⁰⁴ Germania 213 / 12. 9. 1931; W. Hagemann: Deutschland am Scheideweg (wie Anm. 34), S. 40 ff.

¹⁰⁵ Germania 358 / 5. 8. 1930.

¹⁰⁶ Germania 120 / 24. 5. 1931.

¹⁰⁷ Dazu auch P. Krüger (wie Anm. 81) S. 539 ff.

um sich greifenden Selbstgerechtigkeit teilweise zu einer Polemik gegen die ausländischen Mächte hinreißen lassen, die sich der der Rechten näherte.¹⁰⁸ Doch meldeten sich auch die Kräfte des Ausgleichs weiterhin zu Wort. Sie plädierten nun vermehrt dafür, das Vertrauen zwischen Frankreich und Deutschland durch die Verschränkung handfester Interessen im Bereich von Wirtschaft und Finanzen so weit zu stärken, daß auch im Politischen der Durchbruch möglich würde.¹⁰⁹

VII

Weitaus weniger hinderlich auf dem Weg zu einer der Weimarer Republik adäquaten Außenpolitik waren für Zentrum und Bayerische Volkspartei die in Versailles erfolgten Grenzziehungen gewesen. Wohl als Folge der nie überwundenen inneren Distanz zum Hohenzollernreich hat man sich ohne großes Aufheben darauf verständigen können, daß ein starres Streben nach den früheren Grenzen nicht mehr zeitgemäß sei.¹¹⁰ Durch die Zustimmung zum Locarno-Vertrag war zwar davon auch ein Beweis gegeben worden, aber auch die große Kluft, die zwischen der Formulierung des Grundsatzes und seiner Verwirklichung lag, deutlich geworden. Mit dem Streben nach Grenzrevision war die Minderheitenpolitik, wo sich allein derzeit für die deutsche Politik Wirkungsmöglichkeiten aufboten, eng verbunden.

Der Einsatz des politischen Katholizismus für die deutschen Minderheiten, durchaus flexibel und mit dem bei Revisionsfragen sonst so seltenen langen Atem durchgeführt, kam nie ganz aus dem Zwielicht heraus. Gegenüber dem prononcierten Nationalismus, mit dem die neugebildeten Staaten versuchten, eine oft beträchtliche Zahl von Minderheiten zusammenzuhalten und der nicht selten in der Diktatur des Staatsvolks mündete, berief man sich auf Menschenrechte und Völkerrecht. Andererseits war die Minderheitenpolitik auch Mittel der Revision, indem sie die deutschen Minderheiten erhalten und stärken sollte, teils bis diese selbst über ihr Schicksal bestimmen konnten, teils zur Legitimation von Grenzrevisionen. Zu der imperialistischen Reichsideologie des Rechtskatholizismus¹¹¹ hielt man allerdings Distanz. Das war um so bemerkenswerter, als die Reichsidee ihren Ursprung in der katholischen Romantik hatte und noch immer einigen Widerhall bei der rechten Intelligenz fand. Doch standen das gewandelte Verständnis der Na-

¹⁰⁸ So z.B. L. Kaas, vgl. dazu G. May I (wie Anm. 90) S. 470.

¹⁰⁹ W. Hagemann: Deutschland am Scheideweg (wie Anm. 34), S. 89 f.; *Germania* 362/30. 12. 1932.

¹¹⁰ U.a. W. Hagemann: Deutschland am Scheideweg (wie Anm. 34), S. 84 ff.

¹¹¹ Zur Ausprägung dieser Idee bei Martin Spahn vgl. G. Clemens (wie Anm. 3), S. 104 ff.; zu den verschiedenen Varianten der Reichsidee und ihrer Funktion im Kampf gegen die Republik vgl. W. Gerhart (wie Anm. 53) S. 120 ff.; zur „Reichsideologie“ im deutschen Katholizismus der Weimarer Zeit ausführlich K. Breuning (wie Anm. 64) S. 67 ff.

tionen, die jüngsten Erfahrungen mit der schweren Integrierbarkeit nationaler Minderheiten und die antirepublikanische Stoßrichtung der zeitgenössischen Reichsschwärmerei ihrer Wiederbelebung im politischen Katholizismus entgegen.¹¹² Nicht die Bildung eines mitteleuropäischen Vielvölkerstaates unter deutscher Hegemonie war daher das Ziel der vom Zentrum geforderten „Volkstumspolitik“, sondern die Zusammenfassung aller Deutschen, „die dies wollen“.¹¹³

Die durch die erzwungenen Gebietsabtretungen des Reiches, den Zusammenbruch der K.-u.-K.-Monarchie und des Zarenreichs nun in den neugebildeten Nationalstaaten lebenden Deutschen sind vom politischen Katholizismus erst nach dem Ersten Weltkrieg entdeckt worden, und zwar bis hin zu Gruppen, die bisher den meisten nicht einmal dem Namen nach bekannt waren.¹¹⁴ Bei der Pflege einer „innigen Geistesgemeinschaft“ und der „Verteidigung der nationalen Rechte“¹¹⁵ dieser Minderheiten hat der politische Katholizismus unter den gesellschaftlichen Gruppen eine gewisse Vorreiterrolle übernommen. Er fühlte sich dazu prädestiniert, die Interessen des Reiches, der Auslandsdeutschen und deren Heimatstaaten auszugleichen. Denn der universalistische Katholizismus – so die Überzeugung – gehe wie keine andere Bewegung davon aus, daß die Nationen in der Völkergemeinschaft aufgehoben seien. Von daher billigte man jeder Nation ihre Existenz zu; diese wurde aber zugleich an die Gewährung des naturrechtlich begründeten Eigenlebens und an die kulturelle Entfaltung der Minderheiten gemahnt.¹¹⁶

Die Zentrumspartei selbst hat zu gleichgesinnten Parteien der Irredenten Kontakte gehalten und sie auf den Parteitag stets mit ostentativem Jubel begrüßt. Dies war schon Teil einer ganz eigenen und für den Katholizismus kennzeichnenden außenpolitischen Aktivität: der Auslandskulturpolitik.¹¹⁷ Dabei verband sich die Hochschätzung der eigenen Kultur, aus der der deutsche Katholizismus einen beträchtlichen Teil seines nationalen Selbstbewußtseins zog, mit der auch für den inneren Staatsaufbau so zentralen Leitidee des Volkes. Diese Politik ergänzte die amtliche Minderheitenpolitik unter konfessionellem Aspekt. Die deutschen Katholiken forderten für ihre ausländischen Glaubensbrüder Seelsorge und Religionsunterricht in der Muttersprache in der Überzeugung, daß der Verzicht auf sie oft den Abfall vom Glauben nach sich ziehe. Sie selbst wollten vermehrt Priester zu den Auslands-

¹¹² So mit Recht G. Clemens (wie Anm. 3), S. 101.

¹¹³ J. Joos: Jugend, Nationalismus und Pazifismus (wie Anm. 36), S. 69.

¹¹⁴ Vgl. auch Richard Kuenzer in: Nationale Arbeit (wie Anm. 46), S. 117 f.

¹¹⁵ So die Richtlinien vom 16. 1. 1922. Druck: Wolfgang Treue: Deutsche Parteiprogramme seit 1861. – 4. Aufl. Göttingen 1968, S. 141.

¹¹⁶ Georg Schreiber: Auslandsdeutschtum und Katholizismus. – 5. Aufl. Münster 1930, S. 10 ff.

¹¹⁷ Dazu gab z.B. der Zentrumsabgeordnete Georg Schreiber eine Reihe mit dem Titel: „Deutschtum und Ausland; Studien zum Auslandsdeutschtum und zur Auslandskultur“ heraus, und es erschien ein „Jahrbuch des Reichsverbands für die katholischen Auslandsdeutschen“.

deutschen senden und die Ausbildung von auslandsdeutschen Studenten und Schülern in der Heimat übernehmen.¹¹⁸

Bis alle Deutschen in Europa das Recht auf Selbstbestimmung erhielten, galt es, auch die diplomatischen und politischen Möglichkeiten für das Deutschtum jenseits der Grenzen zu nutzen. In diesem Sinne wurde insbesondere das Schicksal der Deutschen in Ostmitteleuropa, in Südtirol, Elsaß-Lothringen und Eupen-Malmedy aufmerksam verfolgt,¹¹⁹ und die Reichsregierung wurde stets zu Interventionen oder Appellen an die internationale Öffentlichkeit und zu förmlichen Protesten vor dem Völkerbund gedrängt, wenn tatsächliche oder vermeintliche Übergriffe vorkamen oder die Entfaltung der Deutschen in diesen Gebieten gefährdet schien.

Unumstritten war im stets großdeutsch orientierten Katholizismus, daß der Anschluß Österreichs vollzogen werden müsse, da dies dem politischen Willen beider Völker wie gemeinsamer Kultur und Geschichte entspreche.¹²⁰ Jetzt, da „Deutschösterreich“ sich aus dem Vielvölkerstaat gelöst hatte und der Gegensatz zwischen Habsburg und Hohenzollern der Geschichte angehörte, sahen Zentrum und die sich in dieser Frage ebenfalls engagierende Bayerische Volkspartei die Gelegenheit zu einer späten Wiedergutmachung der Niederlage von 1866; dadurch würde zugleich auch der Katholizismus im Reich gestärkt.¹²¹ Die Position der Sieger und insbesondere Frankreichs, das im Vertrag von St. Germain den Anschluß hatte verbieten lassen, damit das Reich auf diesem Weg nicht wieder das an Macht gewinne, was ihm in Versailles genommen worden war, versuchte man immer wieder mit der Berufung auf das von ihnen proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker zu unterminieren. Und nach der Propagierung französischer Europa-Pläne hat man nicht ohne ein gerüttelt Maß Rabulistik den europäischen Nachbarn den Anschluß als eine erste Etappe auf die Einheit des Kontinents hin schmackhaft machen wollen.¹²²

Da man aus der Erfahrung gelernt hatte, daß das Ziel nicht gegen diese durchzusetzen sein würde, blieb man gegenüber dem Vorstoß einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich, wie er vom Außenministerium im Frühjahr 1931 unternommen worden war, skeptisch. Den Zeitpunkt der Verhärtung der internationalen Beziehungen und die Form des deutsch-österreichischen Alleingangs hielt man für verfehlt. Dennoch war die Enttäuschung

¹¹⁸ Vgl. dazu bes. G. Schreiber: *Auslandsdeutschum* (wie Anm. 116), S. 24 ff. und die Resolution des Katholikentags von 1927 a.a.O. S. 39 f.

¹¹⁹ Die dem Zentrum nahestehende Tageszeitung „Germania“ hatte zum Beispiel eine Wochenbeilage für das „Grenz- und Auslandsdeutschum“.

¹²⁰ Vgl. u.a. die Diskussion auf dem 2. Reichsparteitag in: *Offizieller Bericht des zweiten Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei: Tagung zu Berlin vom 15. bis 17. Januar 1922* / hrsg. vom Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei. Berlin o.J. passim; *Kölnische Volkszeitung* 336 / 7. 5. 1926; *Nachlaß des Reichskanzlers Wilhelm Marx* (wie Anm. 48), S. 12 ff., 248 ff., 223 ff., 251 f.

¹²¹ W. Hagemann: *Deutschland am Scheideweg* (wie Anm. 34), S. 99 ff.

¹²² Vgl. die Richtlinien vom 16. 1. 1922, bei: W. Treue (wie Anm. 115), S. 141 und *Das Junge Zentrum 1929*, S. 269 ff.

nicht zu verbergen, als Frankreich den ersten Schritt zum Anschluß hin mit den Mechanismen des Versailler Systems Ende des Jahres zu Fall brachte. Es blieb die Zuversicht, daß der Wille zweier Völker auf die Dauer alle Paragraphen überwinden würde.¹²³

Der politische Katholizismus war sich mit allen anderen Deutschen darin einig, daß eine Locarno vergleichbare Anerkennung der Ostgrenze des Reiches ausgeschlossen sei. Für ihn allein allerdings war das nicht zuletzt mit bisher zum Reich gehörenden Gebieten in Versailles gebildete katholische Polen eine Herausforderung eigener Art.¹²⁴ Stand er doch hier im Zielkonflikt von konfessioneller Solidarität einerseits und nationaler Revisionspolitik andererseits. Er war bereit, das Recht der polnischen Nation auf einen eigenen Staat anzuerkennen und im Gegensatz zur deutschen Rechten, die in ihm nur einen „Saisonstaat“ sah, auch von dessen dauerndem Bestand auszugehen.¹²⁵ Aber ebenso eindeutig sprach man aus, daß der Vielvölkerstaat mit gut einem Drittel Nichtpolen, davon rund 1,25 Millionen Deutschen, in seiner derzeitigen Form keine Lösung von Bestand sei.¹²⁶ Insbesondere die Neufestsetzung der deutsch-polnischen Grenze sollte friedlich, doch beharrlich und mit Nachdruck angestrebt werden.¹²⁷ Unerträglich erschien trotz des verständlichen polnischen Wunsches nach einem Zugang zum Meer die Schaffung des „Korridors“ ohne Rücksicht auf das Selbstbestimmungsrecht und mit der Folge der konfliktträchtigen Abtrennung Ostpreußens. Eine nicht geringere Vergewaltigung des Volkswillens sei es gewesen, in Danzig einen von Polen abhängigen „antiquierten Zwergstaat“ zu schaffen. In Oberschlesien, wo sich der Volkswille zum einzigen Mal bei der Grenzfestsetzung hatte artikulieren dürfen, war das Land trotz eines mehrheitlichen Votums für Deutschland so geteilt worden, daß der Hauptteil von Industrie und Bodenschätzen Polen zugeschlagen worden war.¹²⁸ Interessant ist, daß vergleichbare Forderungen gegenüber der Tschechoslowakei bezüglich der Sudetendeutschen in dieser Form nicht erhoben wurden, vermutlich, da sie eine Hinterlassenschaft der Habsburger-Monarchie waren.

Was die polnische Grenzziehung für den politischen Katholizismus besonders schwer erträglich machte, war neben dem offensichtlichen Verstoß

¹²³ G. May I (wie Anm. 90) S. 660 ff.; Hermann Hagspiel: Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich?: die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innenpolitischen Kräftefeld beider Länder. Bonn 1987, S. 400 ff.; Germania 121 / 27. 5. 1931.

¹²⁴ Richard Kuenzer in: Abendland 1926/27 S. 230 ff.; Kölnische Volkszeitung 787 / 24. 10. 1927; Wilhelm Marx: Polen, die offene Wunde am Völkerleben Europas, Aufzeichnung vom 2. 12. 1930: Historisches Archiv der Stadt Köln, Nachlaß Marx 47.

¹²⁵ M. Horndasch: Deutschland und Polen, in: Abendland 1929/30, S. 137 ff.

¹²⁶ Germania 194 / 21. 8. 1931; vgl. z.B. auch die Ausführungen bei G. May I (wie Anm. 90) S. 675 ff. und Neun Jahre Zentrums politik (wie Anm. 67) S. 6.

¹²⁷ Zu den Bemühungen des Friedensbunds deutscher Katholiken um eine Entspannung des deutsch-polnischen Verhältnisses vgl. auch D. Riesenberger: Katholische Friedensbewegung (wie Anm. 13), S. 231.

¹²⁸ Vgl. dazu bes. W. Hagemann: Deutschland am Scheideweg (wie Anm. 34), S. 93 ff.

gegen die von den Siegern beschworenen Prinzipien des Völkerrechts das Phänomen, daß man die Entscheidung als die Niederlage gegenüber einem politisch und kulturell unterlegenen Volk perzipierte, dem man doch Zivilisation und Christentum gebracht hatte. Die Minderheitenpolitik der Militärdiktatur Pilsudskis, die ihre Legitimation unter anderem daraus zog, den Vielvölkerstaat zusammenzuhalten, tat ein Übriges. Die Verweigerung deutscher Schulen, die Liquidation deutscher Bauernhöfe, die Schikanen bis hin zu politischen Restriktionen und gewaltsamen Übergriffen fanden denn auch deutliche Worte in der Zentrumspresse.¹²⁹ Dazu glaubte diese sich um so mehr berechtigt, als sie überzeugt war, daß die polnische Minderheit in Oberschlesien korrekt behandelt würde. Schließlich unterließ sie es nicht, die Distanz der katholischen Kirche Polens zum Regime Pilsudski zu betonen und gegenüber der deutschen Öffentlichkeit dessen geringe katholische Prägung herauszustellen.¹³⁰ Doch machten sich die deutschen Katholiken auch nichts darüber vor, daß mit Hilfe der gemeinsamen Konfession bei ihren polnischen Glaubensbrüder viel für die deutsche Minderheit würde zu erreichen sein. Denn die katholischen Parteien des Landes standen im rechten nationalistischen Lager, und die polnische Kirche war nicht geneigt, ihren Klerus zur deutschsprachigen Seelsorge anzuhalten. Vielmehr erschien es den deutschen Katholiken, als hätte man es jenseits der Grenze nicht ungern, wenn ihre Glaubensbrüder sich sprachlich und kulturell assimilieren würden.¹³¹

So sah sich der politische Katholizismus zur Zurückhaltung gegenüber Polen gezwungen, bis die internationale Lage Verhandlungen über die polnische Westgrenze möglich machen würde.¹³² Man förderte die korrekten zwischenstaatlichen Beziehungen, bemühte sich durch kulturelle und wirtschaftliche Maßnahmen die Grenzgebiete gegen polnischen Einfluß immun zu machen und unterstützte die Reichsregierungen, die sich durch die Herausstellung polnischer Übergriffe bemühten, die internationale Öffentlichkeit an das Los der deutschen Minderheiten zu erinnern.¹³³

Das problematische Verhältnis zu Polen zog die nicht weniger widersprüchliche Einschätzung der Sowjetunion nach sich. Die Parole von der Weltrevolution wurde im politischen Katholizismus durchaus ernst genommen, war doch die Weimarer Republik in ihren Anfangsjahren durch von Moskau unterstützte kommunistische Aufstände und Putsche erschüttert worden. Nicht weniger wurde immer wieder die Unterdrückung der Kirche und die Verfolgung der Gläubigen durch das kommunistische Regime gebrandmarkt. Dennoch fand der unter dem Zentrumskanzler Josef Wirth ge-

¹²⁹ Vgl. z.B. *Germania* 194 / 21. 8. 1931; *Kölnische Volkszeitung* 601 / 26. 11. 1930.

¹³⁰ Vgl. dazu bes. die Ausführungen Walter Hagemanns in der Beilage für das Grenz- und Auslandsdeutschum in der *Germania* vom 26. 11. 1930.

¹³¹ Vgl. die Beilage „Über die Grenzen“ zur *Germania* vom 26. 11. 1930.

¹³² Dazu auch W. Hagemann: *Deutschland und seine europäische Mission* (wie Anm. 96), S. 4 f.

¹³³ *Germania* 284 / 22. 6. 1927 und auch D. Riesenberger: *Katholische Friedensbewegung* (wie Anm. 13), S. 231.

schlossene Rapallovertrag vom April 1922 über den gegenseitigen Verzicht auf Reparationen und die Gewährung der Meistbegünstigung ebenso die Billigung des politischen Katholizismus wie der Nichtangriffs- und Freundschaftspakt vier Jahre später.¹³⁴ Die Durchbrechung der diplomatischen Isolierung des Reiches und die Hoffnung, daß der Druck der beiden Revisionsmächte die osteuropäischen Staaten, allen voran Polen, deutschen Ansprüchen zugänglicher machen würde, ließ den politischen Katholizismus auch über eine Intervention des Vatikans gegen die Hinwendung zum Bolschewismus hinweggehen.¹³⁵

Die folgenden Jahre waren für das Reich wie den politischen Katholizismus eine Gratwanderung. Einerseits wollte man die Vorteile aus der wirtschaftlichen und militärischen Kooperation ziehen, andererseits galt es, weiterhin den Kommunismus im Innern zu bekämpfen wie einen klaren Trennungsstrich zum Sowjetsystem zu ziehen. Die Annäherung an die Sowjetunion durfte darüber hinaus die weitaus wichtigeren Beziehungen zu den Westmächten nicht trüben; zugleich mußte man davor auf der Hut sein, daß diese die kommunistische Macht nicht gegen das Reich ins Spiel brachten.¹³⁶

Diese Dilemmata wie die relative Stabilität des Versailler Systems in Osteuropa machten bald deutlich, daß alle Hoffnungen, die einst an die deutsch-sowjetische Annäherung geknüpft worden waren, jenseits der Möglichkeiten der Weimarer Republik wie der Sowjetunion lagen. Daher fiel es dem politischen Katholizismus dann auch nicht schwer, als in der Staats- und Wirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre die Gefahr eines Bürgerkriegs erneut Aktualität erhielt, im Verein mit den ihm nahestehenden Organisationen an vorderster Front gegen den religionsfeindlichen Bolschewismus in den Kampf zu ziehen.¹³⁷

VIII

Es war in allen Lagern des deutschen Katholizismus unumstritten, daß die Wiederherstellung der ungeschmälerten Souveränität des Reiches wie die Revision des Versailler Vertrages nur mit friedlichen Mitteln angestrebt werden sollte. Wenn auch nicht zu bestreiten ist, daß dieses Bekenntnis ethisch fun-

¹³⁴ Günter Wirth: Zum Verhältnis der deutschen Zentrumspartei zu Sowjetrußland in den zwanziger Jahren, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte 20, 1967, S. 85 ff.

¹³⁵ Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925 (wie Anm. 93), S. 333 ff.

¹³⁶ W. Hagemann: Deutschland und seine europäische Mission (wie Anm. 96), S. 5.

¹³⁷ Vgl. dazu den Aufruf des Reichsparteivorstands der Zentrumspartei gegen die Verfolgung der Christen in der Sowjetunion: *Germania* 132 / 20. 3. 1930; G. Wirth (wie Anm. 134) S. 90 ff.; zu der Auseinandersetzung des dabei führend beteiligten katholischen Publizisten Waldemar Gurian mit dem Bolschewismus und der Sowjetunion vgl. H. Hürten: W. Gurian (wie Anm. 53), S. 53 ff.

diert war, so verstand es sich andererseits für das militärisch ohnmächtige Reich wiederum fast von selbst.

Trotz der Propagierung einer gewaltfreien Außenpolitik erschien der Mehrheit der deutschen Katholiken eine respektable Armee unverzichtbar. In ihrem Denken war die bewaffnete Macht integraler Bestandteil der Hoheit des Staates.¹³⁸ Es war für sie zum einen kaum vorstellbar, wie sich ein militärisch unterlegener Staat Achtung verschaffen, und zum anderen, wie er seinen Interessen in einer hochgerüsteten Welt wirkungsvoll Nachdruck verleihen könne. Die Aussagen von Theologie und Kirche zu Rüstung und Krieg standen dem auch nicht entgegen. Zwar wurde der Krieg moralisch verworfen als Ausdruck „menschlicher Unzulänglichkeit“ – Gewalt schied daher grundsätzlich als Mittel der Politik aus –, doch sah man in ihm auch ein schicksalhaftes, also menschliche Kräfte übersteigendes Verhängnis,¹³⁹ auf das man vorbereitet sein mußte.

Die kirchliche Lehre vom gerechten Krieg bot so vor allem den Politikern eine gern ergriffene Rückzugslinie, die ihnen einen breiten Handlungsspielraum ließ und für den konkreten Fall die Entscheidung nicht präjudizierte. Da Zentrum und Bayerische Volkspartei kaum über militärischen Sachverstand verfügten, weil die bewaffnete Macht bisher ja Reservat der Krone gewesen war, speiste sich deren Überzeugung, daß eine ansehnliche Armee eine Staatsnotwendigkeit und die Voraussetzung für eine durchsetzungsfähige und unabhängige Außenpolitik sei, mehr aus Geschichte und Staatsbild als aus militärischen Überlegungen.¹⁴⁰ Aus dieser Sicht heraus haben beide stets dem Wehretat zugestimmt und die Reichswehr gegen Angriffe verteidigt. Und ähnliche Motive hatten den dem linken Flügel zuzurechnenden Josef Wirth als Reichskanzler bewogen, die geheime Aufrüstung und die Kooperation der Reichswehr mit der Roten Armee zu decken. Der politische Katholizismus merkte aber nicht, wie er durch seine Politik den Bestrebungen der Militärs, die Armee der Republik soweit wie möglich zu entziehen, Vorschub leistete. Das Einfordern zumindest der Verfassungsloyalität¹⁴¹ blieb eine leere Geste, aus der keine Konsequenzen gezogen wurden.

Diese Militärpolitik des politischen Katholizismus ist der Mehrheit seiner Anhänger zum ersten Mal nachdrücklich bewußt geworden, als die Reichsfinanzen 1927/28 die Aufrüstung in dem von den Siegern gezogenen Rahmen

¹³⁸ Joseph Joos: Ideenwelt (wie Anm. 94), S. 60.; vgl. auch das Protokoll des Reichsparteitages von 1928: Offizieller Bericht des fünften Reichsparteitages der Deutschen Zentrumspartei: Tagung zu Köln am 8. und 9. Dezember 1928 / hrsg. vom Reichsgeneralsekretariat der Deutschen Zentrumspartei. Trier o.J., S. 38; vgl. darüber hinaus das „Nationalpolitische Manifest“ vom Januar 1927, in: Politisches Jahrbuch 1927/28 (wie Anm. 87), S. 84.

¹³⁹ F. Dessauer (wie Anm. 41) S. 19.

¹⁴⁰ Vgl. z.B. Stenographische Berichte, Bd.e 423, S. 365; 392, S. 9838 f.; 423, S. 432; die Partei legte Wert darauf, daß ihre Politik nicht pazifistisch sei: vgl. L. Kaas in: Politisches Jahrbuch 1925 (wie Anm. 87), S. 19 f.

¹⁴¹ G. May II (wie Anm. 90) S. 233 f.

zuließen. Die Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers war so gesehen (die koalitionstaktischen Erwägungen können hier außer Betracht bleiben) Konsequenz der bisherigen Wehrkonzeption und in ihr lag auch das Programm einer künftigen Aufrüstungspolitik beschlossen.¹⁴² Denn man sah das wehrlose Deutschland in einem Europa hochgerüsteter Staaten selbst den „kleinen Nationen“ schutzlos preisgeben,¹⁴³ mit denen ja die Grenzfragen noch offen waren und mit denen zumindest gleichgezogen werden sollte. Danach war daran gedacht, wenn die wirtschaftlichen und außenpolitischen Voraussetzungen dafür vorlagen, einen einer Großmacht gemäßen Rüstungsstand anzustreben.

Die katholische Friedensbewegung und die Pazifisten des linken Flügels, die diese Dimension der Panzerkreuzerpolitik durchaus erkannten, verloren denn auch das Vertrauen, daß die christlichen Parteien die erzwungene Abrüstung als Chance begriffen, die Welt durch das deutsche Vorbild auf den Weg allgemeiner Abrüstung zu führen.¹⁴⁴ Sie fürchteten vielmehr, daß nun erneut die unheilvolle Eskalation von Mißtrauen, Rüstung und Sich-Schicken in die Unvermeidlichkeit von militärischen Auseinandersetzungen beginnen würde.¹⁴⁵ Folglich trennten sich die Wege von Politik und Friedensbewegung im Katholizismus nun endgültig.

Dies war auch deswegen unvermeidlich geworden, da sich in der Abrüstungspolitik des Zentrums ein Kurswechsel anbahnte. Bisher hatte man sich unter Berufung auf die Zusage der Sieger, unter gegebenen Umständen auf das Niveau der Verlierer abzurüsten, mit Nachdruck für internationale Abrüstung eingesetzt, da man dabei ja nur gewinnen konnte. Doch wurden auf den Abrüstungskonferenzen keine Fortschritte erzielt. Nachdem die deutsche Außenpolitik wieder etwas mehr Spielraum gewonnen hatte, wurde daher zur neuen Leitlinie, daß das Reich, gleichgültig auf welchem Niveau, unter Berücksichtigung der spezifischen strategischen Lage der jeweiligen Länder Frankreich und Großbritannien gleichgestellt werden müsse. Militärische Gleichberechtigung in diesem Sinne wurde, nachdem mit den Haager Abkommen und der Rheinlandräumung entscheidende Etappen auf dem Weg zur nationalen Souveränität erreicht worden waren, zu einem weiteren Kriterium für die politische Gleichwertigkeit Deutschlands.¹⁴⁶ Daher haben denn auch Zentrum und BVP die Politik der Regierung Brüning und widerwilliger die seiner Nachfolger unterstützt, die ohne Rücksicht auf europäische Sicherheitsinteressen und unter bewußter Kalkulierung der Gefahren eines Abrückens vom Versailler Vertrag auf eine völlige Rüstungsfreiheit Deutschlands zusteuerte.¹⁴⁷ Der mit der bedingten Gleichberechtigungser-

¹⁴² W. Wette: Ideologien, Propaganda und Innenpolitik (wie Anm. 5), S. 64 ff.

¹⁴³ R. Kuenzer, in: Nationale Arbeit (wie Anm. 46) S. 103 f.

¹⁴⁴ Vgl. dazu u.a. Walter Dirks: Pazifismus, in: Walter Dirks (wie Anm. 22) S. 148 ff.

¹⁴⁵ Walter Dirks: Panzerkreuzerpolitik, in: Walter Dirks (wie Anm. 22), S. 161 ff.

¹⁴⁶ Germania 541 / 10. 12. 1930; 121 / 27. 5. 1931; G. May II (wie Anm. 90), S. 246 ff.

¹⁴⁷ Vgl. dazu auch P. Krüger (wie Anm. 81) S. 548 ff.

klärung vom 11. Dezember 1932 schließlich erzielte Teilerfolg¹⁴⁸ kam dann aber weder dem politischen Katholizismus noch der Weimarer Republik und erst Recht nicht dem Frieden zugute.

IX

Die geistig-programmatische Auseinandersetzung um eine Standortbestimmung des Reiches nach dem Ersten Weltkrieg wurde im deutschen Katholizismus von unterschiedlichen Gruppen geführt. Die Friedensbewegung arbeitete auf einen Gesinnungswandel gegenüber dem Krieg hin und wollte die Beziehungen zwischen den Völkern auf der Grundlage christlicher Ethik regeln. Sie traf sich dabei mit der Theologie, die aufgrund der Erfahrungen des technisierten Krieges die klassische Lehre vom „gerechten Krieg“ restriktiver faßte, und den sie unterstützenden Teilen von Klerus und Episkopat. Die Reichsidee hatte in der stark jungkonservativen Variante, in der sie der Rechtskatholizismus in die Debatte einbrachte, nach der Niederlage jeden Realitätsgehalt verloren. Die außenpolitische Praxis wurde von der Zentrumspartei und am Rande der Bayerischen Volkspartei bestimmt. Eingezwängt in die durch den Versailler Vertrag geschaffenen Rahmenbedingungen und orientiert an den in der nahestehenden Presse und Publizistik erörterten Ideen und Konzepte bewegten sie sich zwischen den Polen Revision, Verständigung und Friedenssicherung. Die Revisionspolitik war geprägt vom Nachwirken traditioneller nationaler wie machstaatlicher Leitbilder. Die Verständigung basierte sowohl auf der Einsicht in die deutsche Machtlosigkeit wie in die Erfordernisse eines Europas nach der Epoche der Nationalstaaten. Das Streben nach Sicherung des Friedens speiste sich hingegen vorwiegend aus dem christlichen Imperativ.

¹⁴⁸ Vgl. dazu auch *Germania* 345 / 12. 12. 1932.